

CHRONIK DES NEOLIBERALEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN IRRSINNS

und seiner ökonomisch, politisch, sozial und ökologisch
verheerenden Folgen

zusammengestellt und gelegentlich kurz oder länger, aber auf jeden Fall deutlich kommentiert
von

Egbert Scheunemann¹

Teil I

(... bis 31. Dezember 2005)²

Tipp zur Anwendung: Wenn Sie die Tastenkombination „Strg“ und „F“ drücken, öffnet sich im „Adobe-Reader“ (und übrigens auch in „Word“ oder dem „Internet-Explorer“) ein Suchen-Feld. So können Sie gezielt eingegebene Begriffe finden. Versuchen Sie es mal mit „Mißfelder“ (die Anführungszeichen *nicht* mit eingeben!), „Metzger“ oder „Hans-Werner Sinn“.

Stand: 31. Dezember 2005

„Höhere Löhne und Gehälter würden nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Glos die Binnenkonjunktur ankurbeln.“

(www.tagesschau.de; 27. Dezember 2005)

(Einen Tag nach Weihnachten und so kurz vorm Jahreswechsel kann man schon mal einen wahren und vernünftigen Satz äußern – wohl wissend, dass in diesem Kontext geäußerte gute Absichten und Vorsätze ähnlich schnell verpuffen wie Feuerwerkskörper im Silvesterhimmel. E.S.)

„Hartz-Reformen laufen fast alle ins Leere... Umfassende Studie stellt den Reformgesetzen Hartz I bis III ein vernichtendes Zeugnis aus.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5080436_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html; 27. Dezember 2005)

(Wie das Ergebnis wohl aussehen wird, wenn die Folgen von **Hartz IV** bewertet werden? Denn was wäre der Superlativ von „vernichtend“? Antimaterie? E.S.)

¹ Eigene Anmerkungen in Klammern kennzeichne ich mit meinem Akronym E.S. und durch eine andere Schrifttype (Arial 10 dpi). Alle **fetten** oder *kursiven* Hervorhebungen in den Zitaten stammen immer von mir – es sei denn, es kommt nach dem Quellenverweis der Passus „Herv. i. O.“ (Hervorhebung im Original).

Notwendige Anmerkung zu Quellennachweisen: Angegebene www.-Adressen verweisen oft sehr schnell. Findet man eine Detailadresse nicht mehr, so hilft es gelegentlich (also nicht immer), auf der Startseite der betreffenden Seite (z.B. www.tagesschau.de) einen zentralen Begriff ins entsprechende Suchenfeld einzugeben, um den hier zitierten gesamten Text wieder zu finden. Das funktioniert aber, wie gesagt, leider nicht immer.

² Teil II (... ab 1. Januar 2006) und später folgende Teile der „Chronik des neoliberalen Irrsinns“ finden sich auf meiner Homepage www.egbert-scheunemann.de

„Ein Bezirksgericht in Kalifornien hat den **weltgrößten Warenhauskonzern Wal-Mart** zu einer **Entschädigung** seiner **Mitarbeiter** in **Millionenhöhe** verurteilt. Das Unternehmen habe tausenden Beschäftigten die **Mittagspause verweigert** und damit gegen ein Gesetz des US-Bundesstaates verstoßen.“

(www.tagesschau.de; 23. Dezember 2005)

(Entschädigung in Millionenhöhe? Ich wäre für Knast. Zwei Jahre für die verantwortlichen Manager und Eigner der Familie Walton. Natürlich bei Wasser und Brot. Und ohne Mittagspause. E.S.)

„**New Yorks Angestellte dürfen laut Gesetz nicht streiken.** Doch wegen eines **Tarifstreits** (Die New Yorker Verkehrsbetriebe erwirtschaften einen Milliardenüberschuss und wollen dennoch Sozialleistungen kürzen. E.S.) haben sich die Angestellten der Verkehrsbetriebe darüber **hinweggesetzt** und erstmals seit 25 Jahren die **Arbeit niedergelegt**.“

(www.tagesschau.de; 21. Dezember 2005)

(Selbst die ansonsten braven amerikanischen Arbeitnehmer nehmen den Kampf auf gegen das Kapital, dessen hässliche Fratze sich immer mehr zur Kenntlichkeit entstellt. Wahrscheinlich wird eher das Personal des Vatikans in den Ausstand treten, bevor deutsche staatstragende Gewerkschaftsbosse ihren Hintern erheben – den sie bekanntlich und in der Regel nur dann bewegen, wenn es gilt, wilde Streiks *abzuwenden*. E.S.)

„Der künftige **Daimler-Chrysler-Chef Dieter Zetsche** will laut einem Zeitungsbericht den **Gewinn** seines Unternehmens binnen drei Jahren **drastisch erhöhen**. Um seine **Gewinnziele** zu verwirklichen, will er **16.000 Stellen streichen**.“

(www.heute.de/ZDFheute; 19. Dezember 2005)

(Hoffentlich ist auch seine darunter. E.S.)

„**Praxisgebühr drückt Zahl der Arztbesuche.** Rückgang um 10 Prozent in zwei Jahren.“

(www.heute.de/ZDFheute; 18. Dezember 2004)

(Wer die wohl sind, die sich Arztbesuche nicht mehr leisten können? Jene, die anstrengende, monotone, schmutzige, gefährliche und gesundheitsschädliche Billiglohnjobs etwa im Nacht- und Schichtdienst haben, deren Reallöhne seit Jahren stagnieren oder gar zurückgehen, deren Arbeitszeiten verlängert werden, deren Kleinstrenten stagnieren oder gekürzt werden, deren Monatseinkommen bei 345,- Euro plus Miete liegt, oder jene, die es zum Ausbeuterlohn von einem Euro pro Stunde zwangsweise aufbessern müssen, weil sie sonst gar nichts mehr bekommen; der – gemessen an den neoliberalen Kerntugenden: Leistungsfähigkeit, Flexibilität, Belastungsfähigkeit, materielle Unabhängigkeit, Gewinn- und Karriereorientierung – gesellschaftliche Abschaum also. Wer schon ganz unten ist, auf den wird auch noch gespuckt. Soll er doch seine Schmerzen eigenverantwortlich ertragen! Die „wirtschaftswissenschaftliche“ Theorie, die das kontinuierliche Wachstum des gesellschaftlichen Abschaums zu verantworten hat, heißt Neoklassik bzw. Neoliberalismus. Würde dieser menschenverachtende Stumpfsinn – wissenschaftlich so haltbar wie die These, dass die Erde eine Scheibe ist – nicht seit über drei Jahrzehnten in die Schädel von weltweit hunderttausenden Studenten der „Wirtschaftswissenschaften“ gepresst werden, die später als Journalisten, Politiker, Manager oder neue Vertreter der eigenen Zunft die veröffentlichte und also herrschende Meinung reproduzieren, nicht in „wirtschaftswissenschaftlichen“ Lehrbüchern und Seminaren gelehrt, nicht in Politik beratenden Wirtschaftsgutachten oder öffentlichkeitswirksamen Talkshows als alternativlos dahergelogen werden – die neoliberale Realpolitik der letzten Jahrzehnte mit ihren Millionen menschlicher Opfer wäre noch nicht einmal denkbar. Verantwortung der Wissenschaft nennt man das. E.S.)

„Es ist die erste **Privatisierung eines Universitätsklinikums** in der Geschichte der Bundesrepublik. Nach dem Willen der **hessischen Landesregierung** soll das Uni-Klinikum Gießen/Marburg an die **börsennotierte Rhön-Klinikum AG** verkauft werden. Das gab **Ministerpräsident Koch** bekannt.“

(www.tagesschau.de; 17. Dezember 2005)

(Nur deswegen, weil die Hirne der neoliberal gleichgeschalteten Politiker von CDU/CSU/SPD/FDP und Grünen schon höchstgradig kapitalkonform funktionieren, wird der Weg der Privatisierung des Volkseigentums wohl vor der Privatisierung von Bundestag, Bundesrat und Landesparlamenten halt machen. Obwohl – unsere Politiker als Direktangestellte des Kapitals, das wäre doch zumindest ein Beitrag zur Klarheit und Wahrheit der zwar nicht formaljuristisch, aber umso mehr faktisch herrschenden Verhältnisse. E.S.)

„**BDI** (Bundesverband der Deutschen Industrie; E.S.) fordert **staatlichen Zuschuss** für **Geringverdiener**.“

(www.heute.de/ZDFheute; 17. Dezember 2005)

(Was der BDI damit eigentlich sagen will ist: Wir wollen eine weitere Subventionierung unserer so und so schon fetten Gewinne. Denn was der Staat an Lohnzuschüssen zahlt, muss das Kapital nicht zahlen. Das senkt die Lohnkosten und steigert analog die Gewinne. E.S.)

„Baden-Württemberg führt **Studiengebühren** ein.“

(www.tagesschau.de; 16. Dezember 2005)

(Baden-Württemberg führt Klassengesellschaft ein. E.S.)

„Nach der angekündigten **Schließung des Nürnberger AEG-Werks** hat sich sozusagen eine „**Meuterei**“ in Gang gesetzt. Ein **wilder Streik** legte auch am Mittwoch die Produktion lahm, nachdem rund 900 Beschäftigte der Frühschicht beschlossen, nicht zu arbeiten.“

(www.br-online.de/bayern-heute/artikel/0512/14-aeg-igm-forderung/index.xml; 14. Dezember 2005)

(Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will! Dass mir diese vorweihnachtliche Freude noch beschert sein würde! E.S.)

„Die geplante **Schließung des Conti-Reifenwerks** bedeutet nicht nur das **Aus für 320 Arbeitsplätze** – sondern auch einen herben **Rückschlag für die Gewerkschafter**, die sich bisher **für betriebliche Bündnisse** eingesetzt haben (Und was lehrt uns das, liebe Genossen Gewerkschafter? E.S.). Erst im Sommer hatte ein solches Bündnis die Zukunft des Werks eigentlich sichern sollen – doch nun will der Vorstand davon nichts mehr wissen.“

(www.tagesschau.de; 14. Dezember 2005)

(Hätten wir Gewerkschaften, die den Namen Arbeitnehmervertreter verdienen, gäbe es jetzt eine unbefristete Betriebsbesetzung. Und hätten wir nicht Politiker, die zwar nicht an Weisungen, dafür aber umso mehr an Überweisungen gebunden sind und die den Namen Volksvertreter noch weniger verdienen als ihre Diäten, würde der Conti-Vorstand durch eine verfassungsgemäße Enteignung des Werks (Artikel 14.3 GG.) derartig ausgebremst werden, dass nur so die Reifen quietschen. Aber leider leben wir in Deutschland. E.S.)

„Ob Union oder SPD – die Kritik an dem Wechsel von Alt-Kanzler **Gerhard Schröder** in den **Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft der Ostseepipeline** nimmt an Schärfe zu.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5030652_NAV_REF1,00.html; 12. Dezember 2005)

(Versteh' ich nicht, diese Kritik. War der ehemalige Boss der Genossen nicht immer der Genosse der Bosse? Es wächst nur endgültig zusammen, was schon immer zusammen gehörte: im Geiste korruptes politisches Personal und korrumpierendes Kapital. E.S.)

„**Oettinger** (Baden-Württembergs **Ministerpräsident Günther Oettinger** (CDU); E.S.) drängt Ältere zu **Lohnverzicht**...“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/14/0,3672,2402062,00.html; 1. Dezember 2005)

(Scheunemann drängt Oettinger zum Amtsverzicht. O.k., d'Gosch halte tät's au – gell Bub! E.S.)

„Die Bundesregierung erwägt offenbar, Daten der **Maut-Erfassung** künftig auch zu **Fahndungszwecken** einzusetzen.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4991182_REF2,00.html; 26. November 2005)
 (Another pig brother is watching you – oder auf dem immer breiter werdenden, sozusagen vierspurigen neoliberalen Weg, ach Quatsch: auf der Überholspur in den autoritären Polizei- und Überwachungsstaat. E.S.)

„**Platzeck** (neuer SPD-Platzhirsch; E.S.): **Sanierung der Staatskassen** geht nur mit (verschweigen wir nicht das Verschwiegene: **sozialen**; E.S.) **Einschnitten**.“

(www.heute.de/ZDFheute; 25. November 2005)

(Eigentlich ist es nur noch langweilig, aber damit's auch der letzte Deichgraf begreift: Soziale Einschnitte sind identisch mit adäquaten Verlusten an Massenkaufkraft und damit Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung – und entsprechenden Verlusten an Steuereinnahmen (entgangene Umsatz-, Lohn- und Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Ökosteuern, Kfz-Steuer, Maut-Gebühren etc). Kein schöner Weg, um die Staatskassen weiter zu ruinieren! E.S.)

„**Generalstreik in Italien**... Die italienischen Gewerkschaften fordern die Regierung Berlusconi erneut heraus: Heute wollen auf landesweit 50 Kundgebungen Hunderttausende gegen die geplanten **Sparmaßnahmen** der Regierung protestieren. Ab Vormittag treten Verkehrsunternehmen und Behörden in den Streik.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4987396_REF3,00.html; 25. November 2005)

(Generalstreik in Italien. Brennende Städte in Frankreich. Massenproteste in Australien. Staats-tragende Gewerkschaften in Deutschland. Der Michel hat nichts anderes verdient. E.S.)

„Der frühere **Bundeskanzler Schröder** wird **Berater** beim Schweizer **Medienkonzern Ringier**. Er soll sich dort vor allem als „**Türöffner**“ für die Auslandsgeschäfte des Verlags betätigen.“

(www.tagesschau.de; 24. November 2005)

(Dass ich an einem Tage eine Nachricht – immerhin in zwei Varianten (siehe die nächste Meldung unten) – gleich zwei mal zu kommentieren hätte, ist bislang nicht vorgekommen. Nun denn: Es entspricht vollständig dem neoliberalen Ideal vollkommener Flexibilität, dass unser Callboy der kapitalen Herrschaften nun zum Türöffner derselben aufsteigt. Es bleibt die Hoffnung, dass es Preise gibt, die selbst hart gesottene Nutten nicht zu empfangen bereit sind, weil selbst ihnen die dafür zu erbringende Leistung zu pervers erscheint. Denn was käme noch nach einem Türsteher? E.S.)

„Bisher hatte **Alt-Bundeskanzler Schröder** nur angekündigt, als Rechtsanwalt in Berlin arbeiten zu wollen. Jetzt hat der Schweizer **Medienkonzern Ringier** (der mit „**Blick**“ das eidgenössische Pendant zur bundesdeutschen „**Bild**“-Zeitung herausbringt; E.S.) mitgeteilt, dass Schröder ab Januar für das Unternehmen als **Berater** tätig wird.“

(www.tagesschau.de; 24. November 2005)

(Der Genosse der Bosse nun bei den Bossen der medialen Gosse. Eine deutsche Karriere. Angie Merkel wird dann wohl in einigen Jahren Mauerblümchen, nein: Sprecherin des FDJ-Seniorenverbandes. Und Otto Schily, nachdem er eine Anwaltskanzlei mit Horst Mahler eröffnet hat, Ehrenpräsident der GSG9. Was sollte in einem Lande, dessen Eingeborene Auschwitz ebenso hervorbrachten wie die Allgemeine Relativitätstheorie oder Dieter Bohlen, etwa nicht möglich sein? E.S.)

„Die große Koalition plant eine deutliche **Kürzung** der Zuschüsse an die Länder für den **Schienen-Nahverkehr**.“

(www.tagesschau.de; 23. November 2005)

(Die große ökosozial verheerende Koalition der neoliberalen Kapitalknechte plant also die Verteuerung des ökosozial verträglichen öffentlichen Personenverkehrs und damit die indirekte Förderung des ökosozial hochgradig schädlichen Verkehrssystems Automobil. Das Perverse ist ja, dass die anthropogen verursachte Aufheizung des Klimas und in ihrer Folge die Häufung von Umweltkatastrophen – siehe etwa das letzte Elbhochwasser – die neoliberalen Irren eher erneut ins Amt schwemmt als aus diesem heraus. Aber vielleicht findet sich doch mal ein feines kleines, aber kräftiges Wirbelstürmchen überm Kanzleramt... E.S.)

„Trotz neuer **Rekordgewinne**, **Beiersdorf** kündigt **Entlassungen** an. Obwohl der Körperpflegekonzern Beiersdorf auf ein neues **Rekordergebnis** zusteuert, will der Nivea-Hersteller **im großen Stil Stellen streichen**.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4980128_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html; 22. November 2005)

(Ja dann streichen wir Konsumenten doch einfach den Kauf von schmierigen Produkten des Gewinnpflegekonzerns Beiersdorf. Nie mehr Nivea! E.S.)

„Die im Rahmen der **Hartz-Gesetze** eingeführte Bestimmung, nach der Arbeitnehmer ab 52 Jahre ohne Begründung befristet beschäftigt werden können, **verstößt** gegen **EU-Recht**. Das hat der **Europäische Gerichtshof (EuGH)** entschieden.“

(www.tagesschau.de; 22. November 2005)

(Wirtschaftspolitisch strohdumm, moralisch zutiefst degeneriert und jetzt auch noch rechtswidrig – gewisse Ähnlichkeiten zwischen den Hartz-Gesetzen (die Korrekturfunktion von „Word“ schlägt mir gerade „Hartz-Gesetze“ vor...) und seinem Namensgeber, im Freundeskreis auch Rotlicht-Peter gerufen, sind unverkennbar! E.S.)

„In diesem Jahr bekommen höhere Bundesbeamte und Pensionäre möglicherweise das **letzte Mal ihr Weihnachtsgeld in voller Höhe**. Die Koalition plant **massive Kürzungen**. **Zivil- und Wehrdienstleistende sollen überhaupt nichts mehr bekommen**.“

(www.tagesschau.de; 20. November 2005)

(In Richtung höherer Beamter wird nur halb, nach unten, in Richtung kleiner Schlucker, hingegen gnadenlos zugetreten. Wie könnten Kürzungen und Kürzungen und immer wieder Kürzungen über lange Jahre den wirtschaftspolitischen Verstand wie die moralische Integrität der asozialen Täter aus der großen neoliberalen Koalition ungekürzt lassen? E.S.)

„**IG Metall**, Betriebsrat und das deutsche **AEG-Management** haben sich auf ein so genanntes „Zukunftskonzept“ (das steht zumindest schon mal in Anführungszeichen; E.S.) geeinigt. Demnach soll das von der Schließung bedrohte Nürnberger AEG-Werk bis 2010 bestehen bleiben. Doch der Tribut dafür ist hoch: Die Produktion wird gedrosselt, **470 Mitarbeiter entlassen** und die **Löhne um 16 Prozent** gekürzt.“

(www.br-online.de/bayern-heute/artikel/0511/17-aeg-zukunft/index.xml; 17. November 2005)

(Ich wüsste da noch eine verfassungsgemäße Lösung des Problems: Enteignung nach Artikel 14.3 Grundgesetz der BRD. E.S.)

„Der neue **SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck** hat eine **Fortsetzung** des von Bundeskanzler Gerhard Schröder begonnenen **Reformkurses** angekündigt. „**Wir werden diesen Weg weiter gehen müssen**“, sagte Platzeck in der ARD.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4959044_NAV_REF1,00.html; 16. November 2005)

(Dieser „Weg“ hat zu einer massiven Steigerung der Arbeitslosigkeit und einer – wie im diesjährigen offiziellen Armutsbericht der Bundesregierung nachzulesen ist – deutlichen Verarmung immer breiterer Bevölkerungsschichten geführt sowie der SPD nie da gewesene Mitgliederverluste und eine verlorene Wahl beschert. Der Masochistenverein SPD wählt einen Mann, der diesen Amoklauf fortsetzen will, natürlich mit 99,4 Prozent. Das ist wohl weniger schmerzhaft als das Eingeständnis, dass man seit Jahren eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betreibt, wie sie dümmere und verkommenere kaum vorstellbar ist. E.S.)

„Etwa **100.000 Australier** sind gegen geplante Änderungen des **Arbeitsrechts** auf die Straße gegangen. Ihr **Protest** richtet sich gegen das neue Gesetz der Mitte-Rechts-Regierung von Ministerpräsident Howard, das mehr individuelle Arbeits- anstelle von Tarifverträgen vorsieht.“

(www.tagesschau.de; 15. November 2005)

(In Frankreich brennen die Städte. In Australien gehen die Arbeiter auf die Straße. In Deutschland wird der Kündigungsschutz faktisch abgeschafft und das Renteneintrittsalter auf 67

angehoben - und es herrscht Totenstille im Lande der Untertanen. Gewisse nationale Eigenheiten hat die Globalisierung also noch nicht geschliffen. Leider. E.S.)

„BDI-Chef Thumann warnt vor überzogener Kritik (am **Koalitionsvertrag** zwischen CDU/CSU und SPD; E.S.), und **DIW-Chef Zimmermann** (DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; E.S.) sieht den **Beginn** eines **Reformwegs** in Deutschland.“

(www.tagesschau.de; 14. November 2005)

(Nach Jahren realer Lohnsenkungen, immer neuer Steuergeschenke für die Unternehmen und Unternehmer und immer neuer Sparrunden im Sozialbereich stehen wir jetzt also am „**Beginn** eines Reformwegs“. An dessen Ende wünscht sich der Herr Zimmermann, dieser Kapitalknecht im Gewande der Wissenschaft, wohl die vollständige Zerschlagung des Sozialstaats, Manchesterkapitalismus pur also. Um es zurückhaltend zu formulieren: Ich wünsche ihm auch einiges. E.S.)

„Die „**Heuschrecken**“ sind längst unter uns: Still, leise und heimlich kaufen seit gut fünf Jahren **ausländische** Finanzinvestoren Hunderttausende Sozialwohnungen in Deutschland. Die neuen **Hausherren** haben nur eines im Sinn – **Kasse machen**. Mieterverbände beäugen diesen „**Ausverkauf**“ mit großer Sorge.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/30/0,3672,2392094,00.html; 13. November 2005)

(Wäre *deutsches* raffendes Kapital besseres raffendes Kapital? Nur der *deutsche* Hausherr (Blockwart) ist ein guter Hausherr? Der Ungezieferjargon des neu erwachten, ebenso pseudo-kritischen wie tiefdeutschen Antikapitalismus lässt Schlimmes erwarten. E.S.)

„**DaimlerChrysler** beendet Beteiligung bei Mitsubishi. **Ende** des Projekts „**Welt-AG**“ besiegelt“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/5/0,3672,2395301,00.html; 11. November 2005)

(Soviel zum neoliberalen Lügengebräu namens Globalisierung des REALkapitals. Aber das FINANZkapital (inklusive Firmenbeteiligungen) flutsche aufgrund der modernen Kommunikationstechnologien täglich zig mal und immer schneller über den Globus? Aber warum wird unsere Welt globaler allein dadurch, dass zehn Milliarden Dollar, statt fünf mal täglich, zehn mal stündlich von New York nach Tokio und wieder zurück transferiert werden, um etwa Kursgewinne zu realisieren? Oder allein dadurch, dass ein Firmeneigner wechselt? Und warum sind alle schwedischen Unternehmer nicht schon lange nach Tschechien abgewandert, weil sie dort weit weniger Steuern zahlen müssen? Und warum gibt es grundsätzlich die GEWALTIGEN REALEN Unterschiede in Sachen Staats- oder Sozialquote zwischen den skandinavischen Ländern und, beispielsweise, den südosteuropäischen industriellen Newcomern – wo doch alles global gleichgeschaltet ist, wie die zeitgeistigen Globalisierungsschwätzer uns aus allen Kanälen vollsülzen, und die Nationalstaaten gar keine eigenständige Steuer- und Sozialpolitik mehr machen können? Gemessen an der Realität ist das neoliberale Globalisierungsgeschwätz, insofern es *bewusst* wahrheitswidrig geäußert wird (um Sozial- und Lohndumping zu legitimieren), eine große Lüge – oder, falls es von seinen Protagonisten ernsthaft geglaubt werden sollte, ein Ausdruck tiefster geistiger Umnachtung. Auch in diesem Falle weiß ich wieder nicht, was schlimmer wäre. E.S.)

„Nach neuesten Umfragen des ZDF-Politbarometers ist die **Mehrheit** der Befragten weiter **gegen eine Anhebung der Mehrwertsteuer**... Die diskutierte Mehrwertsteuer-Erhöhung wird weiter deutlich abgelehnt (**63 Prozent**)... Große **Einigkeit** hingegen herrscht bei **allen** Parteianhängergruppen, wenn es um eine **Erhöhung der Steuern auf sehr große Einkommen** geht. **Dafür** sind insgesamt **81 Prozent** und nur 18 Prozent sind dagegen...“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/5/0,3672,2395301,00.html; 11. November 2005)

(Da unsere neoliberal gleichgeschalteten Volkszertreter („Word“ schlägt mir als Korrektur soben „Volksvertreter“ vor – wo soll es noch hinführen, wenn schon die Software systemhörig ist!) de facto Kapitalvertreter sind – man analysiere die Parteienfinanzierung vor allem von CDU/CSU/FDP/SPD etwas genauer – , kann man sich vorstellen, was im Koalitionsvertrag zu lesen sein wird. E.S.)

„Inzwischen haben 26 der 30 Dax-Werte (das sind die Aktienkurse der 30 wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften, also Großunternehmen; E.S.) ihre **Bilanzen** auf den Tisch gelegt... **Durchschnittlich stiegen die Gewinne um sage und schreibe knapp 45 Prozent.**“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4941552_NAV_REF1,00.html; 10. November 2005)

(Klar, dass da der Kündigungsschutz faktisch abgeschafft, das Renteneintrittsalter auf 67 angehoben, bei Hartz IV vier Milliarden Euro eingespart und die Unternehmen weitere Steuerergänzen erhalten müssen. Klar zumindest in neoliberalen, sprich: hohlen Schädeln. Oder sind sie gar nicht doof, unsere neoliberal gleichgeschalteten Politiker? Sondern einfach nur korrupt, Kapitalhuren eben? Aber was wäre schlimmer? E.S.)

„**Milliardengewinne und massiver Stellenabbau** – diese Kombination sorgt bei Mitarbeitern der Deutschen **Telekom** für Unmut.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/14/0,3672,2394382,00.html; 9. November 2005)

(Ja so was! Unmut! In Frankreich brennen die Städte, in Deutschland äußert sich Unmut, also das Antonym zu Mut. Ob sie wohl ordnungsgemäß ausgestempelt haben, bevor sie die Bahnsteigkarte zu den Gleisen der Revolution lösten, um ihren Unmut zu äußern? E.S.)

„Union und SPD haben sich in der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt in der Frage des gesetzlichen **Kündigungsschutzes** geeinigt. Dieser soll erhalten bleiben, aber bei Neueinstellungen **erst nach zwei Jahren wirksam** sein. Außerdem sollen bei **Hartz IV** – statt wie geplant 1,8 – **bis zu vier Milliarden Euro eingespart** werden.“

(www.tagesschau.de; 9. November 2005)

(Damit ist der Kündigungsschutz faktisch abgeschafft. Jeder Arbeitgeber kann nach 23 Monaten kündigen und gleich wieder einstellen. So schafft man sich eine verängstigte, gefügte, servile Belegschaft. Aber eine gewisse kranke Logik steckt schon in der Sache: Weil vier Milliarden Euro Einsparungen bei Hartz IV einen entsprechenden Rückgang der Massenkaukraft und also der Absatz-, Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten zur Folge haben werden, muss natürlich auch besser entlassen werden können. Sie wissen schon, was sie tun. E.S.)

„Die **Rente mit 67** kommt: Darauf einigten sich Union und SPD in ihren Koalitionsgesprächen.“

(www.tagesschau.de; 8. November 2005)

(Die Produktivität steigt und steigt Jahr um Jahr. Immer raffiniertere Roboter und Produktionsautomaten nehmen uns mehr und mehr Arbeit *ab*. Deswegen müssen wir selbstverständlich *länger* arbeiten. Zumindest nach Meinung neoliberaler Hirntoter. E.S.)

„Der **designierte SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck** will... die von Bundeskanzler Gerhard Schröder angestoßenen **Reformen** (Gewinne hoch, Löhne und Sozialleistungen runter; E.S.) „**mit aller Kraft**“ fortsetzen. Das sagte er im ZDF. Der Reformkurs werde „mit Sicherheit auch etwas mit **Härten**“ für die Bürger zu tun haben.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/11/0,3672,2392619,00.html; 4. November 2005)

(Nichts dazugelernt. Nichts. E.S.)

„Die **Arbeitslosenzahl** wird nach Berechnungen des Münchner Ifo-Instituts schon bald wieder **deutlich über die Fünf-Millionen-Marke** springen... Das sagte Ifo-Präsident **Hans-Werner Sinn**... Der Ifo-Präsident forderte die designierte Bundesregierung auf, das so genannte **Kombilohn-Modell** umzusetzen... „Der **Staat** sollte zu **Niedriglöhnen** ein **Zusatzeinkommen hinzuzahlen**...““

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/20/0,3672,2392244,00.html; 3. November 2005)

(Staatliche Lohnzuschüsse sind faktisch Gewinnsubventionen. Jede Logik und jede Erfahrung damit zeigt, dass das Lohndumping dadurch nur noch weiter angeheizt wird. Das weiß wohl auch der im Gewande der Wissenschaft sich nur dürrig tarnende Rammbock des Neoliberalis-

mus Hans-Werner Sinn. Und genau deswegen fordert er, was er fordert – Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Kosten. E.S.)

„**Schwere Krawalle** in Paris... Seit vergangenen Donnerstag brennen in jeder Nacht die Pariser Vorstädte. In... der Region Seine-Saint-Denis herrschen **extrem hohe Arbeitslosigkeit** und **gravierende soziale Probleme**. Hintergrund der Krawalle ist der Tod zweier Jugendlicher am vergangenen Donnerstag in Clichy-sous-Bois. Die jungen Männer waren auf der Flucht vor der Polizei in eine Hochspannungsanlage geraten und hatten einen tödlichen Stromschlag erlitten.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4913534_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html; 2. November 2005)

(Wer neoliberalen Sturm sät... E.S.)

„**Preise steigen schneller als die Löhne. Geringster Anstieg der Gehälter seit zehn Jahren.** Den Angestellten in Deutschland bleibt **immer weniger Geld im Portemonnaie**: Die tariflichen **Gehälter** der Angestellten stiegen im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat lediglich um **1,0** Prozent. Dies sei die **geringste** Steigerung der letzten **zehn Jahre**, wie das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden mitteilte. Zugleich stiegen die **Verbraucherpreise** im selben Zeitraum um **2,0** Prozent.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/10/0,3672,2390634,00.html; 29. Oktober 2005)

(Was daraus wohl resultieren mag? Kaufrausch, Nachfragesteigerung und also Produktions- und Beschäftigungswachstum? Ach was – natürlich die Forderung der geistig verwaisten Wirtschaftswesen, noch weiter gehende Lohnzurückhaltung zu üben und den Staatshaushalt noch schärfer zu konsolidieren durch eisernes Sparen, sprich: noch mehr Kürzungen der Sozialleistungen und also immer heftigere Vernichtung von Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung. E.S.)

„Die **Deutsche Bank** hat ein **Rekordergebnis** verbucht: Im dritten Quartal steigerte das Institut seinen **Vorsteuergewinn** auf rund **1,9 Milliarden Euro**, wie die Bank am Freitag in Frankfurt am Main mitteilte. Das war ein **Plus von fast 90 Prozent** gegenüber dem Vorjahresquartal und das **beste Ergebnis**, das die Deutsche Bank jemals in einem dritten Quartal verzeichnete... Die Bank will weltweit insgesamt **6400 Stellen streichen** – **5500** davon im **laufenden Jahr**.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/17/0,3672,2390513,00.html; 28. Oktober 2005)

(Exorbitante Profitsteigerungen und exorbitante Massenentlassungen. Zwei Informationen, die in der kranken Logik des Kapitals zusammen gehören. E.S.)

„Der **iranische Präsident Ahmadinedschad** hat öffentlich gefordert, **Israel „von der Landkarte zu tilgen“**.“

(www.tagesschau.de; 25. Oktober 2005)

(Ich wollte ja nur mal angemerkt haben, dass nicht jedes Hirn, das krank ist, ein neoliberales ist. Die Menge dessen, woran man glauben kann, ist unendlich groß. Und es gilt also, trotz der weltweit *dominanten* Herrschaft des Neoliberalismus, das Wort Arno Schmidts: „Nichts ist so dumm oder pervers, als dass es nicht Gläubige glaubten oder Beamte täten.“ Ahmadinedschad ist einer dieser wie jener gleichermaßen. E.S.)

„**35 Milliarden Euro** will die angehende große Koalition bis 2007 **einsparen**.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4892106_REF1_NAV_BAB,00.html; 25. Oktober 2005)

(Das wären 35 Milliarden Euro weniger Nachfrage, Absatz und Produktion und also ein Verlust von einigen hunderttausend Arbeitsplätzen – und entsprechend weniger staatliche Einnahmen aus Lohnsteuer und Sozialbeiträgen bei gleichzeitigen staatlichen Ausgabensteigerungen für das anwachsende Arbeitslosenheer. Da diese neoliberale Irrsinnspolitik seit gut drei Jahrzehnten in Deutschland praktiziert wird und in diesem Zeitraum zu einer Verfünfachung der Arbeitslosigkeit geführt hat, muss sie logischerweise fortgesetzt werden – sonst müsste man ja eingestehen, dass man schwachsinnig ist. Und wer tut das schon gerne. E.S.)

„Die **Bundesregierung** setzt den **Verkauf ihres Tafelsilbers** fort: Der Staat trennt sich von seinem **Anteil von 18,2 Prozent** an dem **Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport**. Gemessen am Fraport-Schlusskurs vom Vorabend ist das Paket rund **663 Millionen Euro** wert.“

(www.tagesschau.de; 25. Oktober 2005)

(Privatisierung, also Verkauf des Volkseigentums an private Kapitaleigner, bei gleichzeitiger Senkung des Spitzensteuersatzes oder der Körperschaftssteuer – so gesehen wird der Bundesanteil am Frankfurter Flughafen eigentlich direkt dem Privatkapital geschenkt. Wie sagte noch unser guter Pierre Joseph Proudhon: „Eigentum ist Diebstahl.“ E.S.)

„Die bislang freiwillige „Riester-Rente“ soll nach Berichten doch für alle Bürger **verbindlich** werden.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/2/0,3672,2388386,00.html; 23. Oktober 2005)

(Zur gesetzlichen Rentenversicherungspflicht kommt nun also noch die gesetzliche Rentenversicherungspflicht. Sie können schon denken, die Neoliberalen, und haben klasse Politikkonzepte! Oder geht es etwa nur um die Gewinninteressen privater Versicherungskonzerne? Eine Gesetzespflicht sozusagen, zur Maximierung privater Profite beizutragen? Ist dann aber die Dienstpflicht für Langzeitarbeitslose noch weit – als Hausdiener in den Villen der Reichen? Ich wiederhole mich: Am Ende des *Neoliberalismus* steht die offene *Diktatur* des Kapitals und seiner Staatsbediensteten in Regierungen und Ministerien. Früher, als die Analysten noch Analytiker hießen und also Denkfähigkeit und Moralität noch hier und da anzutreffen waren, nannte man eine solche Diktatur Faschismus. E.S.)

(Was folgt, sie werden es, liebe Leser und Leserinnen, kaum glauben, stammt aus der „Financial Times Deutschland“; E.S.) **„Leitartikel: Sinnentleerte Expertise**. Der Staat muss **sparen**, die **Steuern senken** und sein **Defizit abbauen**. Was die Experten der sechs führenden deutschen **Wirtschaftsforschungsinstitute** da präsentiert haben, klingt umwerfend.

Die Frage ist nur, ob wir dafür Ökonomen brauchen, zumal dann, wenn die immer wieder vorgetragenen **Grundsatzphrasen** viel zu wolkig und abgehoben sind, um daraus konkrete Vorschläge für die Praxis abzuleiten.

Just in dem Moment, in dem Deutschlands neue Regierung über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs verhandelt, **verabschieden** sich die Institutsökonominnen aus einer **ernst zu nehmenden Rolle**. Ihr Gutachten **strotzt** vor **altgewohnten Weisheiten** und **mangelnder Selbstkritik**...

Richtig einig scheinen sich die Experten selber nicht zu sein. Da wird im Prognoseenteil nüchtern diagnostiziert, dass **verfügbares Einkommen** und **Konsum** 2005 durch **Kürzungen der Sozialtransfers gedämpft** werden. Wenige Seiten später, bei den Politikempfehlungen, wird dann **empfohlen, noch rabiater Ausgaben zu kürzen**. Flugs ist es da nicht mehr die Entwicklung der Einkommen, die den Privatverbrauch bestimmt, sondern dass die Leute angeblich **aus Angst** vor Steuererhöhungen **nicht mehr konsumieren** – eine These, die sich **empirisch nicht ansatzweise belegen lässt** und von Nobelpreisträgern wie Robert Solow **verspottet** wird...

Im Analyseteil wird beklagt, dass Deutschland mit einem Staatsdefizit von 3,1 Prozent „zum fünften Mal in Folge“ das **Maastricht-Kriterium verfehlt**. Die Tatsache aber, dass diese Zahl gar nicht mehr weit vom Ziel entfernt ist, tun die Ökonomen anschließend mit der Bemerkung ab, dass dieses Kriterium ja **ohnehin nicht so entscheidend und ökonomisch relevant** sei. **Warum haben es die gleichen Experten dann jahrelang und jetzt noch so hochgehalten?**

Und weiter in diesem Stil: Die Statistiker der Institute haben nüchtern errechnet, dass die **Staatsausgabenquote seit 1999 gefallen** ist. Auf die Frage, warum **trotzdem das Wachstum nicht anspringt**, antworten die Experten, es habe sich zum Teil ja „nur um

Privatisierungen“ gehandelt – **als hätten Ökonomen nicht gerade das seit Jahren gefordert.**

Es wäre sinnvoller, die InstitutsökonomInnen würden bei nüchterner und stringenter Analyse bleiben, statt sich als Wächter über den Reformeifer zu gerieren. Dann könnten sie sich auch einmal ernsthaft damit auseinandersetzen, **warum die immer geforderten und umgesetzten Reformen noch kein Wachstum brachten.**“

(„Financial Times Deutschland“ vom 20. Oktober 2005; www.ftd.de/me/cm/27140.html)

(Dass die „Financial Times Deutschland“, ein bislang nicht unbedingt als Kampfblatt gegen den neoliberalen wirtschaftspolitischen Irrsinn bekannt gewordenes Publikationsorgan, derartig offen, ja schnodderig das neoliberale Standardgeschwätz im neuesten Gutachten der neoliberal gleichgeschalteten, also keinesfalls weisen Autoren aus den – leider – führenden Wirtschaftsforschungsinstituten kritisiert, kann nur daran liegen, dass ihr Chefredakteur, als er diesen Kommentar, den ich hier ausnahmsweise fast vollständig zitiert habe, durchgehen ließ, massiv besoffen oder gar physisch abwesend, also in Urlaub gewesen sein muss und ein schon entlassener Redakteur seinen letzten Arbeitstag dazu nutzte, wenigstens ein mal in seinem Redakteursleben bei der FTD einen vernünftigen Beitrag zu schreiben. Oder schwant den neoliberalen Irrren so langsam, dass die neoliberale bzw. neoklassische Angebotstheorie, die theoretische Grundlage, auf der die depperten Wirtschaftsweisen ihre depperten Gutachten seit Jahrzehnten basieren, die mit Abstand dümmste Theorie in der Geschichte menschlicher Geistesentwicklung ist? Ich wage es nicht zu hoffen. E.S.)

„Nach Auffassung der Finanzexperten von Union und SPD sind **Einsparungen in zweistelliger Milliardenhöhe** (im, wie nachzutragen ist, Sozialhaushalt; E.S.) nötig, um die dramatische Schiefelage des Bundeshaushalts zu beheben.“

(www.tagesschau.de; 21. Oktober 2005)

(Die Finanzexperten von Union, Heinrich Brüning, und SPD, Heinrich Brüning, beschließen, die jahrelange Serie von Sparprogrammen im Sozialbereich und bei den öffentlichen Investitionen fortzusetzen, damit noch mehr Massenkaufkraft, Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung vernichtet wird und die Arbeitslosigkeit – Sparprogramm um Sparprogramm – in Richtung sechs und sieben Millionen anwächst. Was konnte man von der rechtlichen Formalisierung der seit Jahrzehnten faktisch herrschenden großen Koalition aller neoliberalen Kretins der BRD (Brüning Regiert Deutschland) anderes erwarten? E.S.)

„Sozialdemokraten sind mitunter voller Überraschungen – sie können noch tiefer sinken, als man es für möglich hielt. Der bisherige **Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD)** schreckt jetzt nicht einmal mehr vor Anleihen beim **faschistischen Vokabular** zurück, um Arbeitslose und sozial Schwache zu diffamieren. »Vorrang für die Anständigen« heißt ein Report, in dem Clements Ministerium diese Personengruppe undifferenziert als **Abzocker, Parasiten und Leistungsbetrüger** abtut. Die Entgleisungen riefen prompt heftige Kritik hervor.“

(www.jungewelt.de/2005/10-19/001.php; 19. Oktober 2005)

(Siehe Kommentar zur nächsten Meldung. E.S.)

„Der stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende der **Bundesagentur für Arbeit, Peter Clever**, rechnet beim Arbeitslosengeld II mit einer **Missbrauchsquote** „von sicherlich über **zehn Prozent**“.

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/6/0,3672,2387206,00.html; 19. Oktober 2005)

(Definierte man Missbrauch als einen Zustand, in dem ein Mensch weit mehr bekommt, als er verdient, liegt die Missbrauchsquote bei den meisten Managern, Politikern und stellvertretenden Verwaltungsratsvorsitzenden bei nahezu 100 Prozent. Nicht, dass unsere Toppverdiener bekommen, was sie meist nicht verdienen, ist das primär Empörende – ihr sinnloses Konsum- und Karriereleben sei ihnen gegönnt. Aber dass dieses Gesindel noch gegen arme Schweine keifen und beißen muss, die, weil sie von 345,- Euro im Monat definitiv nicht leben können, es wagen, schwarz noch etwas hinzuzuverdienen, ist das eigentlich Widerwärtige. E.S.)

„In der **VW-Affäre** gibt es weitere Beschuldigte. Unter anderem ermittelt die Staatsanwaltschaft jetzt gegen **Audi-Betriebsratschef Meier** und **Ex-Betriebsratsvize Sudholt**, der heute Geschäftsführer des VfL Wolfsburg ist. Die Männer sollen Ausflüge ins **Rotlichtviertel über VW-Kassen abgerechnet** haben.“

(www.tagesschau.de; 19. Oktober 2005)

(Das sind dieselben Arbeiteraristokraten, die in den letzten Jahren jeder Lohnkürzung und jeder Arbeitszeitverlängerung zugestimmt haben und auf jeden spontanen Versuch der betroffenen Belegschaften, dem Kapital durch Arbeitsniederlegungen und wilde Streiks die Stirn zu bieten, allergisch bis hysterisch reagierten. Wozu streiken und Lohn und Position riskieren – wenn man doch Dampf im Puff ablassen kann? Und auf Firmenkosten zudem? E.S.)

„Im November 2000 verkaufte der damalige Finanzminister Eichel die Bundesdruckerei **für eine Milliarde Euro** an den britischen **Private Equity-Fonds Apax** (eine Heuschrecke aus Münteferings Schwarm; E.S.). Der wollte das Unternehmen schnell an die Börse bringen und so satte Gewinne einstreichen. Bezahlt wurde nur ein Viertel mit eigenem Kapital. Der Rest wurde durch Kredite finanziert, die teils **vom Finanzministerium**, (!! E.S.) teils von der **Hessisch-Thüringischen Landesbank (Helaba)** (!! E.S.) kamen. **Den Schuldendienst bürdete Apax der Druckerei auf**. Damit wurde ein Teufelskreis in Gang gesetzt: Die Kreditlast trug bei schlechter laufendem Geschäft dazu bei, dass der Betrieb Verluste machte. **Die Zahl der Mitarbeiter wurde abgebaut**. Vom geplanten Börsengang redete niemand mehr. Schnell drehten die Investoren den Geldhahn zu. Im Sommer 2002 stand das Unternehmen kurz vor der Pleite. Apax verabschiedete sich und verkaufte für einen Euro an die **Auffanggesellschaft der Helaba**. **Ihr verliehenes Geld sahen das Finanzministerium und die Helaba bislang nicht wieder**.“

(www.verdi.de; Wirtschaftspolitische Informationen 8/2005, S. 9)

(Erst schaffte die rotgrüne Regierung die Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen ab, dann ließ sie im Januar 2004 mit dem „Investmentmodernisierungsgesetz“ Hedge-Fonds auch in Deutschland zu – um sich schließlich über die einfallenden Heuschreckenschwärme und den grassierenden Raubtierkapitalismus zu beklagen. Nur dumm – oder schon korrupt? E.S.)

„Die **sozialen Ungleichheiten** lösen in **China** immer häufiger **Unruhen** aus. In China leben 800 Millionen Bauern – allein im letzten Jahr wurden aus den Provinzen **74.000 Aufstände** gemeldet, bei denen die arme Landbevölkerung **rebellierte**.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4844004_REF3,00.html; 12. Oktober 2005)

(Der Kapitalismus funktioniert. Weltweit. Sage noch einer, der olle Marx habe nicht recht gehabt. E.S.)

„Gemeinsam besitzen die **400 reichsten US-Bürger** die gigantische Summe von **1,13 Billionen Dollar**, rund **125 Milliarden Dollar mehr** als noch im vergangenen Jahr. Die Eintrittsgrenze in den Club der 400 lag diesmal bei **900 Millionen Dollar - 150 Millionen mehr** als ein Jahr zuvor.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/14/0,3672,2378670,00.html; 24. September 2005)

(Ich bitte um Nachsicht, dass ich angesichts geltender Gesetze eine adäquate Kommentierung unterlasse. Also eine nicht adäquate: Wie viele arme Schweine müssen in Big America knechten, damit ein sinnloser Milliardär sein sinnloses Konsum- und Karriereleben damit krönen kann, dass er (SIE ist es ganz bestimmt nicht) durch eine Einkommenssteigerung von 150 Millionen Dollar IN EINEM JAHR in den Club der 400 reichsten US-Amerikaner aufgenommen wird? Ich bin leider Atheist. Sonst könnte ich auf das Jüngste Gericht, die große Abrechnung hoffen. E.S.)

„**DGB-Chef Michael Sommer** hat die Gewerkschaften zum „**Klassenkampf**“ gegen das Handelsunternehmen **Lidl** aufgerufen.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4786750_REF4,00.html; 24. September 2005)

(Schöner Satz. Noch schöner wäre er ohne das zweite Präpositionalgefüge – oder zumindest nach Austausch des Akkusativobjektes „Lidl“. „BRD“ käme besser. E.S.)

„Unterdessen **warnen führende Vertreter der Wirtschaft** erneut vor einer **Machtbeteiligung der Linkspartei**. Selbst eine Tolerierung wäre fatal und „ein Schlag gegen den Wirtschaftsstandort Deutschland“, sagte **Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt** der Chemnitzer „Freien Presse“. Diese politische Koalition würde Investitionen blockieren und dem internationalen Ansehen Deutschlands enorm schaden. Der Hauptgeschäftsführer des **Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ludolf von Wartenberg**, sieht in einer rot-rot-grünen Koalition eine erhebliche Schwächung des Standorts Deutschland.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4785736_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html; 23. September 2005)

(Die Lohnsprecher des Kapitals, der Aristokrat wie sein Hundt, warnen vor uns. Wir können nicht alles falsch gemacht haben. E.S.)

„Unternehmer **holen Arbeitsplätze zurück**. Der Standort Deutschland ist teuer. Dennoch holt eine kleine Schar von Unternehmen die **Fertigung aus dem Ausland zurück**. **Mit guten Gründen**.“

(Wirtschaftswoche, Nr. 38/2005:

www.wiwo.de/pswiwo/fn/ww2/sfn/buildww/id/126/id/129477/fm/0/SH/0/depo)

(Zumindest eine kleine Schar denkfähiger Unternehmer hat also erkannt, dass es gute Gründe dafür gibt, warum der Produktionsstandort Deutschland seit langen Jahren Exportweltmeister ist. Es geht voran. E.S.)

„Zwischen der Deutschen Börse und ihrem **Ex-Vorstandschef Werner Seifert** ist offenbar eine Einigung um die **Abfindung** des Managers in Sicht. Wie die „Financial Times Deutschland“ berichtet, haben sich beide Seiten mündlich auf die Höhe der Zahlung geeinigt. Seifert dürfte etwas weniger als **zehn Millionen Euro** erhalten...“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4762736_REF4,00.html; 19. September 2005)

(Man gönnt sich ja sonst alles! Ein ALG-II-Empfänger, der 345,- Euro plus Miete bekommt, was in der Summe, sagen wir großzügig: rund 750,- Euro pro Monat sind, könnte 1111 Jahre aus dieser Abfindung alimentiert werden – oder es könnten 1111 ALG-II-Empfänger ein Jahr davon leben, Zinsen und Zinseszinsen noch gar nicht gerechnet. An der neoliberalen Börse der Bewertung verwertbaren Menschenmaterials ist das also der aktuelle Kurswert eines ALG-II-Empfängers: Er ist ein 1/1111-Mensch. E.S.)

„Nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios existiert im **Bundesfinanzministerium** eine detaillierte **Sparliste**... Nach einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ vorliegenden Aufstellung sollen die Bereiche **Soziales** und **Wirtschaft** am **härtesten sparen**. Im Bereich **Wirtschaft** und **Arbeit** stehen eine **Kürzung des Arbeitslosengeldes II** sowie eine **Reduzierung der Vermögensfreibeträge** zur Diskussion. Genannt wird eine Sparsumme von **knapp fünf Milliarden Euro**. 1,2 Milliarden Euro sollen im **Bildungsbereich** gespart werden... Es geht hier um den Wegfall des **Filmförderfonds** sowie um Kürzungen für 32 inländische **Kultureinrichtungen** und **Stiftungen**. Auch die Förderung der **Rundfunkorchester** soll auslaufen.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4748788_REF2,00.html; 15. September 2005)

(Asozial, bildungs- und kulturfeindlich und, wie zu ergänzen ist, wirtschaftspolitisch strohdumm – so kennen wir unsere Protagonisten des Neoliberalismus. Sie werden uns irgendwann noch auf die Bäume zurück sparen. E.S.)

„Neuseeland hat nach einer Studie der Weltbank das **unternehmerfreundlichste** Klima der Welt. **Deutschland** liegt mit Rang 19 unter 155 Ländern zwar auf den vorderen Plätzen, aber **hinter** den meisten westeuropäischen Nachbarn sowie **Litauen** und **Est-**

land. Die osteuropäischen Länder haben sich im vergangenen Jahr am meisten verbessert, hieß es in dem Bericht „Doing Business in 2006“, den die Weltbank-Tochter IFC am Dienstag veröffentlichte.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/22/0,3672,2374454,00.html; 13. September 2005)

(Was für Knallchargen müssen in den Büros der IFC sitzen, wenn die industriellen Entwicklungsländer Litauen und Estland im Ranking vor Exportweltmeister Deutschland erscheinen? Lesen wir kurz, was im Lexikon „Encarta“ über Litauens Wirtschaft geschrieben steht: „Die **Inflationsrate** liegt bei **13 Prozent** (1996). Das **Wirtschaftswachstum** beträgt **-0,9 Prozent** (1990–2002)... Das Bruttoinlandsprodukt **sank** 1992 um rund **25 Prozent**. Erst in der jüngeren Vergangenheit stellte sich ein stabiles Wirtschaftswachstum ein... Die **Handelsbilanz** ist **negativ**.“ Na wenn das kein Investitionsparadies ist! E.S.)

„Die **Studiengebühren** werden kommen – das ist klar. Wann, das ist von Bundesland zu Bundesland verschieden. Wer die voraussichtlich 500 Euro (pro Semester; E.S.) nicht finanzieren kann, der muss einen Kredit aufnehmen. Viele Banken präsentieren nun Kredit-Modelle für Studenten.“

(www.heute.de/ZDFheute; 9. September 2005)

(Der letzte Satz offenbart das eine Motiv für die Einführung von Studiengebühren: Profitmaximierung. Das andere, primäre Motiv wird nicht genannt: Abschreckung des einfachen Volkes vom Studium durch Androhung eines hohen Schuldenberges, damit die herrschenden Herrschaften zukünftig wieder unter sich sind und genügend dumm gehaltenes Menschenmaterial haben für Lakaiendienste zu Niedrigstlöhnen. E.S.)

„Die Deutschen sind **ängstlicher als je zuvor**. Nach einer Studie der R+V Versicherung blickt **jeder Zweite** mit großer **Sorge** in die Zukunft. Die Bürger fürchten vor allem steigende Preise, eine **stetige Talfahrt der Wirtschaft** und einen weiteren Anstieg der **Arbeitslosigkeit**. Gleichzeitig ist die Ansicht verbreitet, dass die Politiker mit der Lösung der aktuellen Probleme überfordert sind.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/7/0,3672,2372743,00.html; 8. September 2005)

(Die Ergebnisse der Studie sind fast richtig dargestellt. Es fehlen im letzten Halbsatz nur ein Adverb und ein Adjektiv: „dass die *neoliberal gleichgeschalteten* Politiker mit der Lösung der aktuellen Probleme überfordert sind“, muss es natürlich heißen. E.S.)

„**Drastische Zunahme rechtsextremistischer Kriminalität.**“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4702382_REF2,00.html; 4. September 2005)

(Drastische Zunahme sozialer Folgen des Neoliberalismus. E.S.)

„**Führende Gewerkschaftsfunktionäre** haben sich nun doch entschlossen, einen **Wahlaufruf für die SPD** zu unterzeichnen. Die Initiative dafür kam vom früheren Arbeitsminister **Riester**... (der unter seiner Ministerpension wahrscheinlich ähnlich leidet wie jene, die unter Hartz-IV zu leiden haben; E.S.) 300 Genossen konnte der Ex-Vize der IG Metall überzeugen, sich **öffentlich zu den Sozialdemokraten zu bekennen.**“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4673632_REF2,00.html; 26. August 2005)

(Nur Kälber wählen ihre Schlächter selber – und von wem schlimmer ist Arbeiterverrat, als vom Arbeiteraristokrat? E.S.)

„**Kranke Arbeitnehmer** sollten nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (**DIHK**) künftig an den ersten beiden Krankheitstagen auf ihren **Lohn verzichten**. DIHK-Präsident **Ludwig Georg Braun** sagte: „Ich bin dafür, dass Arbeitnehmer im Krankheitsfall in den ersten beiden Tagen keine Lohnfortzahlung erhalten. Eine solche Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer stärkt die Eigenverantwortung.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/20/0,3672,2366484,00.html; 26. August 2005)

(Ich bin dafür, dass der DIHK zur Stärkung seiner sittlichen Eigenverantwortung nicht darauf verzichtet, seinem Arbeitnehmer und moralischen Krankheitsfall Ludwig Georg Braun eine Selbstbeteiligung beim Unterschreiben seiner Entlassungsurkunde dringend zu verordnen. E.S.)

„**Schröder appelliert an Moral der Wirtschaft.** Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Wirtschaft aufgerufen, sich stärker ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu stellen. Unternehmen könnten nicht von der Politik verpflichtet werden, **Arbeitsplätze zu schaffen**, sagte Schröder... Aber es gebe eine „ethisch-moralische Verpflichtung“, die derzeit nicht ausreichend wahrgenommen werde.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4668180_REF2,00.html; 25. August 2005)

(Erst entfesseln sie die Bestie, dann betteln sie, sie möge doch nicht so viele Schäfchen reißen. Naivität? Dummheit? Wahrscheinlich beides. E.S.)

„**Volkswagen** hat nach Angaben der Staatsanwaltschaft Braunschweig für eine einzelne **Indienreise** von **Ex-VW-Betriebsratschef Klaus Volkert** mit den ehemaligen Managern Helmuth Schuster und Klaus-Joachim Gebauer mehr als **100.000 Euro** bezahlt. Die Reise sei Anlass zur Ausdehnung der Untreue-Ermittlungen auf Volkert gewesen... „Wenn Herr Volkert **wissentlich** eine so genannte **Lustreise** mitgemacht hat, die nicht von einem Geschäftszweck gedeckt ist, dann wäre das Beihilfe zur Untreue“, sagte (Staatsanwalt; E.S.) Geyer.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4658710_REF4,00.html; 23. August)

(Nicht, dass Arbeiteraristokraten auf Geschäftskosten in den Puff gehen, ist der Vorwurf, der zu machen ist, sondern zum einen, dass nicht auch der einfache Arbeiter und die einfache Arbeiterin das dürfen, und zum anderen und vor allem, dass das nicht im Wolfsburger Bahnhofsviertel geschieht, sondern sextouristisch in der so genannten Dritten Welt. Aber mir schwant schon die Verteidigungsstrategie der Delinquenten vor Gericht: Die neoliberale Globalisierung habe sie gezwungen, die Kosten zu minimieren. E.S.)

„Kurz nach seiner Berufung in die Wahlkampfmannschaft der **Union** sorgt **Steuerexperte Kirchhof** für Wirbel in den eigenen Reihen. Seine Pläne seien zu radikal und jetzt noch (!! E.S.) nicht umsetzbar, heißt es. Er selbst hält an seinem Konzept fest und steht zu seinem **Einheitssteuersatz von 25 Prozent**.“

(www.tagesschau.de; 20. August)

(Einkommensmillionäre würden 17 Prozentpunkte (derzeit 42) weniger Einkommenssteuern bezahlen, die kleine Friseurin mit 6 Euro Stundenlohn 10 Prozentpunkte mehr (derzeit 15)! Für die **170.000 Euro**, die ein Einkommensmillionär **PRO JAHR NETTO MEHR** hätte, müsste die kleine **Friseurin knappe 20 Jahre arbeiten**. Was unser neoliberal gleichgeschalteter Expertenmob noch so fordern wird in nächster Zukunft? E.S.)

„Immer **mehr** Menschen waren 2004 in Deutschland auf **Sozialhilfe** angewiesen. Am Jahresende erhielten rund 2,91 Millionen Menschen in 1,46 Millionen Haushalten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, was gegenüber dem Vorjahr eine **Zunahme um 3,3 Prozent** bedeutet, wie das Statistische Bundesamt bekannt gab.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4648772_REF2,00.html; 19. August)

(Die Erfolge neoliberaler Politik sind einfach nicht zu bestreiten! Deswegen wird der mündige Bürger sich bei der nächsten Wahl wahrscheinlich wieder mit 90 Prozent Stimmenanteil für die große neoliberale Allparteienkoalition aus CDUCSUFDPSPDundGrünen entscheiden. E.S.)

„**Ulrich Blum**, Chef des Instituts für **Wirtschaftsforschung** Halle (IWH)...: „Stundenlöhne zwischen sechs und sieben Euro, wobei brutto für netto gilt, würden Jobs schaffen und die Staatskasse entlasten.“ Niedriglohn-Jobs wären **sozialabgabenbefreit - ohne soziale Absicherung und Rentenanspruch**.“

(Leipziger Volkszeitung vom 9. August 2005: www.lvz-online.de/lvz-heute/5339.html)

(Dieser „Wissenschaftler“ ist, wie die höchstgradig neoliberal gleichgeschaltete so genannte Wirtschaftswissenschaft und der Neoliberalismus insgesamt, verfassungsfeindlich: Artikel 5 Absatz 3 unserer einen SOZIALEN und demokratischen Rechtsstaat konstituierenden Verfassung lautet: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“ E.S.)

„Das **Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** hat sich zur Sicherung der Rentenkassen für eine **Anhebung des Renten-Eintrittsalters auf 70 Jahre** ausgesprochen... Der DIW-Präsident (Klaus Zimmermann; E.S.) verlangte **niedrige Tarifgehälter für Ältere...**“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4613544_REF2,00.html; 10. August 2005)

(Die Produktivität wächst jährlich zwischen 1,5 und 2,5 Prozent, der Anteil der Alten an unserer Gesellschaft aber – je nach Studie – nur um 0,5 bis 1 Prozent (und dieses *relative* Wachstum wird aus biologischen Gründen auch irgendwann ein *absolutes* Ende haben). Die Produktivität wächst also drei bis fünf mal schneller als der „Rentnerberg“. Wir können uns diesen also locker leisten. Das ist ein zwingender logischer Schluss. Dass der Zimmermann Klaus was andres sagt, zwingt also zu einem weiteren logischen Schluss. Aus Gründen der Höflichkeit verzichte ich hier, ihn expressis verbis zu ziehen. E.S.)

„Die **Linkspartei rückt von ihrer Forderung nach einem Mindestlohn in Höhe von 1400 Euro wieder ab.** „Das ist bei uns schon länger in der Diskussion“, sagte Wahlkampfchef **Bodo Ramelow** der „Thüringer Allgemeinen“. Als mögliche neue Summe nannte er **1250 Euro**... Auch der Linkspartei-Spitzenkandidat (und Multimillionär; E.S.) **Oskar Lafontaine** sagte der „Stuttgarter Zeitung“, er halte einen Mindestlohn von **1200 bis 1250 Euro** im Monat für ausreichend.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/24/0,3672,2348696,00.html; 10. August 2005)

(Das Kriechen vorm neoliberalen Zeitgeist hat begonnen. Man muss ja koalitions- und regierungsfähig werden. Wie in Schwerin und Berlin. Wenn man schon OHNE NOT von bisherigen Forderungen abgeht, kann man sich vorstellen, was das Ergebnis von Koalitionsverhandlungen sein wird - und was erst die Ergebnisse realer Politik dieser „Linkspartei“. Übrigens steht die PROGRAMMATIK der Linkspartei-PDS mit diesem Kursschwenk RECHTS von der REALITÄT des bravbürgerlichen neoliberalen Musterlandes Luxemburg - dort gibt es einen Mindestlohn von 1402,96 Euro. E.S.)

„Im Wahlkampf gibt sich Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD) kämpferisch. „Ich denke an alles, **nur nicht ans Aufhören**“, sagte der Kanzler...“

(www.br-online.de/topthema/thema/neuwahl/index.xml; 10. August 2005)

(Auch noch dieser Schlag in die Magengrube! Wann wird er aufhören? Bei sechs Millionen Arbeitslosen, bei sieben – oder erst bei acht? Wenn er über Obdachlose vorm Bundeskanzleramt stolpert und es mehr Ein-Euro-Zwangsarbeiter als regulär Beschäftigte gibt? Wenn der Spitzensteuersatz unter dem Wahlergebnis der NPD liegt? Er sollte mit allem aufhören – und nur mit dem Denken beginnen. E.S.)

„Die **deutsche Atomwirtschaft** hat den Vorschlag der **Union abgelehnt**, im Gegenzug für **längere Laufzeiten der Kernkraftwerke niedrigere Strompreise** zu garantieren. „Der Strompreis bildet sich am Markt. Und so sollte es bleiben“, sagte der Präsident des **Deutschen Atomforums, Walter Hohlefelder**, der „Berliner Zeitung“. Hohlefelder, der auch Vorstandsmitglied des **Energiekonzerns e.on** ist, wandte sich ebenso gegen Überlegungen in der Union, Teile der zu erwartenden Zusatzgewinne in einen Fonds etwa für energieintensive Betriebe zu stecken. Eine solche **Gewinnabschöpfung** sei „ordnungspolitisch **völlig inakzeptabel... Welches Interesse sollten wirtschaftlich agierende Firmen an längeren Laufzeiten haben, wenn wir dadurch keinen Gewinn machen?**...“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4608762_REF4,00.html; 9. August 2005)

(Schon peinlich, wenn das Buckeln vorm Kapital vom selben durch Nachhilfeunterricht darüber quittiert wird, worum es im Kapitalismus einzig und allein geht: Profit und nochmals Profit. E.S.)

„Ausfuhren legen weiter zu... **Export-Rekord** im ersten Halbjahr... Die deutschen Exporteure haben im ersten Halbjahr **mehr** Waren ins Ausland verkauft **als jemals zuvor**.

In den ersten sechs Monaten wurden Produkte im Wert von 382,3 Milliarden Euro exportiert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ist das der **höchste Wert seit 1950.**“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4609438_REF4,00.html; 9. August 2005)

(Das liegt wahrscheinlich daran, dass in Deutschland Löhne, Sozialleistungen und Steuern viel zu hoch sind, wie uns CDU/CSU/FDP/SPD und Grüne, die Medien, die so genannten Wirtschaftswissenschaftler und sämtliche Wirtschafts- und Kapitalvertreter seit Jahren einbläuen. Dass bislang stramme Asozialdemokraten wie Clement oder Eichel neulich Lohnerhöhungen forderten, hat natürlich ausschließlich etwas mit dem 18. September zu tun. Man müsste bei diesen Herrschaften ja sonst wirtschaftspolitische Denkfähigkeit und moralische Integrität unterstellen. Solch Unfug wollen wir heute aber keinen treiben. E.S.)

„**CSU-Generalsekretär Markus Söder** bezeichnete es als „**Skandal**“, dass **Gewerkschaftsfunktionäre** in den Spitzengremien der **WASG** saßen. „Die Gewerkschaft muss diese Leute **sofort feuern**“, forderte er in der „Berliner Zeitung“ von Montag laut Vorabmeldung. Zur Begründung fügte er an, die Linkspartei sei in Teilen auf jeden Fall **verfassungsfeindlich**. Innenminister Otto Schily lasse die PDS immer noch vom Verfassungsschutz beobachten.“

(<http://de.today.reuters.com>; 9. August 2005)

(Wer sich dem neoliberalen Allparteienkonsens verweigert, ist verfassungsfeindlich. Und weil die PDS vom Verfassungsschutz beobachtet wird, ist die WASG auf jeden Fall in Teilen verfassungsfeindlich. Ja logisch! In Bayern zumindest. Die neoliberale Gleichschaltung der Hirne geht also, wie wir sehen, massiv auf Kosten ihrer Funktionsfähigkeit. E.S.)

„**Jugendliche** blicken **voller Angst** in **berufliche Zukunft**. Hauptschüler (sind; E.S.) besonders **pessimistisch**... wie eine am Sonntag veröffentlichte Umfrage der Bertelsmann-Stiftung ergab.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/21/0,3672,2347093,00.html; 7. August 2005)

(Woran das nur liegt? Die Gewinne der Konzerne steigen doch seit Jahren exorbitant! Und die Gewinne von heute sind doch die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen! Das sagen doch, von ein paar linken Spinnern hier und da natürlich abgesehen, alle: CDU/CSU/FDP/SPD und Grüne, die Medien, die Wirtschaftswissenschaftler und sämtliche Wirtschafts- und Kapitalvertreter! Wovor habt ihr also Angst, liebe Jugendliche? E.S.)

„**Ein-Euro-Jobs** und andere Aushilfsarbeiten **rauben** Arbeitslosen aus Expertensicht mehr **Selbstbewusstsein** als sie geben. „Die psychische Gesundheit der Betroffenen in unsicheren, schlecht bezahlten und unterqualifizierten Arbeiten wird stärker belastet als in Zeiten ohne Job“, sagt die Arbeitspsychologin Gisela Mohr von der Universität Leipzig.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/21/0,3672,2347093,00.html; 7. August 2005)

(Zwangswise Hundescheiße im Park wegräumen für einen Euro die Stunde zehrt am Selbstbewusstsein? Wer hätte das gedacht! E.S.)

„Der Spitzenkandidat der Grünen, **Joschka Fischer**, schließt eine Koalition mit der **Linkspartei** auch bei einer rechnerischen Chance nach der Bundestagswahl **kategorisch aus**.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/24/0,3672,2347096,00.html; 7. August 2005)

(Es wächst nicht zusammen, was nicht zusammen gehört. E.S.)

„Bundeswirtschaftsminister **Wolfgang Clement (SPD)** schließt ein **Bündnis mit CDU/CSU** nach der Bundestagswahl nicht grundsätzlich aus... Ein **Bündnis mit der Linkspartei** kommt für Clement dagegen **auf keinen Fall** in Frage...“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/23/0,3672,2346839,00.html; 6. August 2005)

(Es wächst zusammen, was zusammen gehört. E.S.)

„In **Berlin** ist der **Preis** (für **Wasser**; E.S.) Anfang 2004 bereits um 15 Prozent und Anfang 2005 um weitere 5,5 Prozent gestiegen. 2009 wird er voraussichtlich **um 30 Prozent über dem Preis** vor der **Teilprivatisierung** 1999 liegen.

In **England** und **Wales** steigen trotz Einrichtung der Preisregulierungsbehörde die Rechnungen der Privathaushalte in Folge von **Privatisierungen** zwischen 1989/90 und 1998/99 um **real 43 Prozent**. In den ersten fünf Jahren **verdreifachte** sich die Zahl derjenigen Haushalte, denen wegen unbezahlter Rechnungen **das Wasser abgestellt** wurde, auf 18636. Im Jahr 2001 zwang die Regulierungsbehörde die Wasseranbieter, ihre Wasserpreise um durchschnittlich 13,7 Prozent zu senken. In **Frankreich** liegen die Preise privater Anbieter **um ca. 30 Prozent höher** als jene in Gemeinden, die von öffentlichen Unternehmen versorgt werden.

Infolge der 1999 erfolgten Privatisierung in **Cochabamba**, der drittgrößten Stadt **Bolivians**, kam es innerhalb weniger Monate zu **Preissteigerungen um bis zu 200 Prozent**, die dazu führten, dass vom **Durchschnittseinkommen ca. ein Viertel für Trinkwasser** ausgegeben werden musste. Nach **gewalttätigen Ausschreitungen** verließ das private Unternehmen im Jahr 2000 das Land, und die Regierung machte die **Privatisierung rückgängig**. 1998 zog sich Générale des Eaux aus der **argentinischen** Provinz **Tucumán** nach 3jährigem Engagement wegen eines breiten **Zahlungsboykotts der Verbraucher** zurück. Das Unternehmen hatte kurz nach Vertragsschluss die **Preise um 104 Prozent erhöht** und den Service verschlechtert.“

(Gerald G. Sander: Der Kampf ums blaue Gold, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/2005, S. 983)

(Machen wir's den Bolivianern und Argentinern nach! Aber natürlich ohne Gewalt! Niemals mit Wasserwerfern, auch nicht teil- oder gänzlich privatisierten, gegen neoliberales Profitmaximierungsgesindel! E.S.)

„Handelskammerpräsident **Ludwig Georg Braun** hat **niedrigere Gehälter für Lehrlinge** gefordert. In einem Zeitungsinterview sagte Braun: „Eine Ausbildungsvergütung von bis zu **800 Euro** ist für viele Betriebe einfach zu hoch. Mein Vorschlag ist, eine bundesweite Basisvergütung von **270 Euro** einzuführen“...“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/6/0,3672,2344070,00.html; 30. Juli 2005)

(O. k., auch dem Braun Ludwig eine Gehaltskürzung um zwei Drittel oder am besten gleich eine Basisvergütung von 270 Euro! Und damit er nicht stiftunsgläubig geht, der gelehrige Stift seiner neoliberalen Herren, vielleicht noch die Wiedereinführung der Prügelstrafe durch den Lehrherrn. Stullen zumindest darf er mitbringen für die viertelstündige Mittagspause. Wir sind ja nicht so. E.S.)

„Der **bayerische Innenminister Günther Beckstein** hat weit reichende Maßnahmen gefordert, um mögliche Terroranschläge zu verhindern. Die Polizei müsse **Ausländer** (!! E.S.) vorbeugend festnehmen und in **Sicherheitsgewahrsam** festhalten können. „**Potenzielle** Terroristen (also in extremen Lebenssituationen potenziell fast jeder Mensch; E.S.) dürfen bei uns **nicht frei herumlaufen**“... Auch **tödliche Kopfschüsse** bei konkretem Anschlagverdacht sind laut Beckstein **zulässig**...“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4577796_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html; 30. Juli 2005)

(Zulässig ist vor allem intensives Erbrechen angesichts der Tatsache, dass bei uns Menschen frei herumlaufen dürfen, die einen derartigen präfaschistischen Schmutz absondern. Aber warum formuliere ich so freundlich: Zu fordern, Menschen **VORBEUGEND** wegzusperren, weil sie **AUSLÄNDER** sind, oder gar **AUF VERDACHT ZU TÖTEN**, ist **OFFEN FASCHISTISCH**. Ich muss mich wiederholen: So sieht sie aus, die schöne neue *neoliberale* Welt, vulgo: **BARBAREI**. E.S.)

„Die Deutsche Bank hat im zweiten Quartal ihren **Gewinn** vor Steuern **um 22 Prozent** auf 1,4 Milliarden Euro **gesteigert**. Die **Eigenkapitalrendite** vor Steuern und Restruk-

turierungsaufwendungen lag im zweiten Quartal bei **25 Prozent nach 33 Prozent** im ersten Quartal, wie die größte deutsche Bank weiter mitteilte. Bei ihrem umstrittenen **Abbau von Stellen** kommt das Geldhaus **planmäßig** voran.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/9/0,3672,2343337,00.html; 28. Juli 2005)

(No comment. E.S.)

„Bundesinnenminister **Otto Schily** und Verteidigungsminister **Peter Struck** sind zu einer Grundgesetzänderung bereit, um Einsätze der **Bundeswehr innerhalb Deutschlands** zu ermöglichen.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4567912_REF2,00.html; 27. Juli 2005)

(Dem neoliberalen Wirtschaftsmodell grenzenloser Kapitalfreiheit und damit unumschränkter Kapitalherrschaft steht gegenüber, nein: entspricht, noch besser: entspringt der autoritäre Repressionsstaat als notwendiges Instrument der Unterdrückung der Modernisierungsverlierer und Ausbeutungsoffer. Alles wie gehabt. Verkauft und verraten von Sozialdemokraten. E.S.)

„Angesichts der **Geldknappheit der Rentenkassen** hat sich Regierungsberater **Bert Rürup** für **höhere Löhne** ausgesprochen. So würden der Rentenversicherung höhere Beiträge zufließen, sagte das Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung der Zeitung „Die Welt“. „Nach Rürups Auffassung haben die Finanzprobleme des Rentensystems **nichts mit der Bevölkerungsentwicklung**, sondern mit der **miserablen Arbeitsmarktentwicklung**“ zu tun.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4566762_REF2,00.html; 27. Juli 2005)

(Was hat er nur, der Rürup Bert? Vom Einpeitscher neoliberalen Lohn- und Sozialabbaus zum Vorsprecher klarer, vernünftiger Sätze. Ach ja – ein Gespenst geht um... E.S.)

„**BDI** fordert **Abschaffung von Gewerbesteuer...** (Gegenfinanzierung? E.S.) Im Gesundheitssektor, in der Pflege- und Rentenversicherung schlummere „ein gewaltiges Sparpotenzial“.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/0/0,3672,2339136,00.html; 17. Juli 2005)

(Ich fordere die Abschaffung des BDI, der **Bedürfnisanstalt der Deutschen Industrie**. Ohne Gegenfinanzierung. E.S.)

„**Immer mehr Arme** in den neuen Ländern. **Ostdeutschland** fällt nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bei den Einkommen wieder stärker unter das Westniveau zurück und verzeichnet **steigende Armut**.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4525304_REF4,00.html; 14. Juli 2005)

(Glühende Landschaften – vor Wut. E.S.)

„**VW-Präsidium segnet Hartz-Rücktritt** ab.“

(www.tagesschau.de; 14. Juli 2005)

(Die segnenden Herrschaften werden ihre Gründe haben – siehe die folgende Meldung samt Kommentar. E.S.)

„**VW-Vorstand Hartz bietet Rücktritt** an.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4505068_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html; 8. Juli 2005)

(Konzernfinanzierte Besuche im, wie man liest, Puff führen zum Angebot eines Rücktritts – die Rädelsführerschaft beim größten Sozialabbau, ja Sozialraub in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, auch „Hartz IV“ genannt, aber nicht. Deutsche Moral, wie sie im Buche steht. Was wäre diesem Lande erspart geblieben, hätte der VW-Vorstand dem Hartz Peter in den letzten Jahren täglich IV derart heftige und deftige Nutten finanziert, dass er auf dumme Gedanken zu kommen vor lauter erschöpfter Glückseligkeit nicht mehr in der Lage gewesen wäre!? „Hartz IV“ als Produkt der Sublimierung nicht ausgelebter Libido und also psychopathogener Triebe. Ich ahnte es. E.S.)

„**Grüne wollen höhere Steuer für Spitzenverdiener.**“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4450940_REF2,00.html, 21. Juni 2005)

(Ob sie auch irgendwann die Rückgängigmachung von „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ oder gar des von ihnen ebenso mitverantworteten völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien fordern werden? Hinterher will's immer keiner gewesen sein. E.S.)

„Der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat vorgeschlagen, künftig **Krankheitstage** mit dem **Urlaubsanspruch** von Arbeitnehmern **zu verrechnen**. Verbandspräsident **Otto Kentzler** bezeichnete eine solche Regelung in der Presse als „**absolutes Muss**“.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/17/0,3672,2324049,00.html; 19. Juni 2005)

(Es ist ein absolutes Muss, dass diese kranke Forderung dem Herrn Kentzler bei der Einschätzung seiner intellektuellen und vor allem moralischen Fähigkeiten voll verrechnet wird. Ich plädiere für zehn Jahre Urlaubsverbot. Krankheiten wollen wir diesem Herren natürlich nicht wünschen. E.S.)

„In einer **Abkehr von der bisherigen Regierungslinie** haben Bundeswirtschaftsminister **Wolfgang Clement** und Finanzminister **Hans Eichel** für **Lohnerhöhungen** geworben.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4420554,00.html, 12. Juni 2005)

(Ob ihnen noch Reste von Selbstachtung und politischer Moral eignen? Geht die Anbiederung nach Jahren höchst persönlich betriebenen Sozialbaus, eingeforderter Lohnzurückhaltung und faktischer Lohnkürzungen etwa im öffentlichen Dienst noch widerwärtiger so kurz vor der nächsten Bundestagswahl? Kann man den Wählern noch deutlicher sagen, dass man ihnen jedes Erinnerungsvermögen abspricht und sie für kreuzdämlich hält? E.S.)

„Im Kampf gegen Leistungsmissbrauch beim **Arbeitslosengeld II** verlangt Bundeswirtschaftsminister **Wolfgang Clement** (SPD) **schärfere Kontrollen.**“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4409822_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html, 7. Juni 2005)

(Steuergeschenke für die Reichen, schärfere Kontrollen für die Armen, buckeln nach oben, treten nach unten. So kennen wir unseren sozialen Demokraten Wolfgang Clement. E.S.)

„Nach den Franzosen haben auch die **Niederländer** in einer Volksabstimmung die **EU-Verfassung** (gemeint ist natürlich wieder nur der Neoliberalismus wie Militarismus frönende EU-Verfassungsentwurf, E.S.) **abgelehnt**. Laut ersten Hochrechnungen stimmten **62 Prozent** der Wahlberechtigten **gegen** das Vertragswerk.“

(www.tagesschau.de, 2. Juni 2005)

(Liegt's an der zunehmend frischer werdenden Meeresluft, dass Richtung Westen und Nordwesten immer klarer gedacht wird? E.S.)

„**Unions-Kanzlerkandidatin Merkel** hält am Ziel einer schnellen **Senkung der Steuersätze** nach der Bundestagswahl fest. Das Konzept 21 sieht die Senkung des Eingangsteuersatzes von 15 auf 12 und des **Spitzensatzes von 42 auf 39 Prozent** vor.“

(www.heute.de/ZDFheute, 31. Mai 2005)

(Oben wird der Steuersatz um drei Prozentpunkte gesenkt und unten auch. Klingt irgendwie gerecht. Bei einem Einkommensmillionär macht das aber pro Jahr eine Steuerersparnis von 30.000 Euro aus. Jene, die schon froh sind, wenn sie 30.000 Euro brutto im Jahr überhaupt verdienen, werden hingegen mit wenigen Hundert Euro abgespeist. Und Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger, also ausgerechnet die Ärmsten, bekommen gar nichts. Wir sehen, wir können wählen in der Demokratie: zwischen rotgrüner Pest und schwarzgelber Cholera. E.S.)

„Die **Franzosen** haben die **Europäische Verfassung** (Nachhilfe für den Redakteur: Gemeint ist der ebenso wirtschaftspolitisch erz-neoliberale wie militaristische EU-Verfassungsent-

wurf; E.S.) nach ersten Prognosen **klar abgelehnt**: Rund **55 Prozent** der Bürger (in Deutschland nur bekannt unter dem Pseudonym *Untertanen*; E.S.) stimmten demnach beim **Referendum** (in Deutschland streng verboten; E.S.) am Sonntag mit **Nein**. Damit droht (droht!! Es spricht der Staatssender ZDF; E.S.) das Verfassungswerk, das die erweiterte EU handlungsfähig (im Interesse der Konzerne und Rüstungsfirmen; E.S.) halten soll, zu scheitern (wunderbar! E.S.).“

(www.heute.de/ZDFheute, 29. Mai 2005)

(Isch liebe Fronkraisch! E.S.)

„Die **SPD-Linken** haben sich zu einer **Fortsetzung des rot-grünen Reformkurses bekannt**. Auch die **Senkung der Unternehmenssteuer sei kein Streitthema** mehr.“

(www.tagesschau.de, 26. Mai 2005)

(Etwas, was es nicht gibt, kann sich auch nicht „bekennen“ – sagt zumindest die Logik. Jemand, der der „Agenda 2010“, „Hartz IV“ und weiteren Steuersenkungen für Unternehmen zustimmt, ist so „links“, wie Hans-Werner Sinn oder Guido Westerwelle oder alle anderen neoliberalen Kapitalknechte „links“ sind. E.S.)

„**DGB-Chef Michael Sommer warnte... vor der Gründung eines Linksbündnisses**. Das wäre „ein falscher Schritt“, sagte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am Donnerstag im DeutschlandRadio Kultur. Davon profitierten am Ende die Konservativen und die Rechten.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/25/0,3672,2303257,00.html, 26. Mai 2005)

(Mal von Gewerkschafter zu Gewerkschafter: Lieber Michael Sommer, bitte halte einfach mal deinen Mund. Dein Kriechen vor den neoliberalen Herrschaften ist gelegentlich nur noch abstoßend. Nichts hat den Konservativen und Rechten so sehr geholfen wie die von dir expressis verbis unterstützte Politik von Schröder & Co., also von „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ und wie der ganze asoziale Politdreck noch heißt, der seit Jahren die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher macht. E.S.)

„...„Wir senken die Steuern“ ist vor Wahlen das beliebteste Versprechen. Noch vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfs gehen **Union und FDP aber auf Distanz zu ihren lang gehegten Plänen für eine rasche Senkung der Einkommenssteuer...**“

(www.tagesschau.de, 25. Mai 2005)

(Was sagen sich CDU/CSU und FDP: Jetzt haben wir die Deppen von Rotgrün lange genug vor uns hergetrieben in Richtung unserer neoliberalen Forderungen. Die größte Arbeit wurde von Schröder & Co. getan. Die Gewinne der Unternehmen explodieren, Löhne und Sozialleistungen sind auf ein für das Kapital vorerst erträgliches Maß gekürzt. Jetzt können wir die Trottel von Rotgrün abwählen in NRW und im Bund und den Rest selbst erledigen – aber erst mal sachte, da wir als denkfähige Wesen – ja, die gibt's in unseren Reihen trotz aller Zweifel, die unsere neoliberalen Parolen daran aufkommen ließen – natürlich wissen, dass wir es mit der Ausbeutung der kleinen Leute nicht übertreiben dürfen. Sonst könnten die ja noch auf die Idee kommen, zu rebellieren in einem politischen Linksbündnis und in sich radikalierenden Gewerkschaften, die nun entbunden sind von ihrer Nibelungentreue zu den Sozialdemokraten, die soziale Demokraten schon lange keine mehr sind. So spielt das Leben, ihr Rotgrünen Deppen! E.S.)

„Bislang war **Selbstmord** ein seltenes Phänomen in der **Türkei**. Vor allem aus religiösen Gründen war die Selbsttötung ein Tabu. Doch die steigende **Armut** im Land treibt die **Zahl der Selbstmorde dramatisch nach oben**. Dabei erlebt die Türkei auf dem Papier ein **Wirtschaftswunder**.“

(www.tagesschau.de, 23. Mai 2005)

(Globalisierung, Neoliberalismus und Raubtierkapitalismus haben den Orient erreicht. Das wird Westerwelle, Stoiber, Schröder und Merkel, Hans-Werner Sinn und Norbert Walter – und wie unsere neoliberalen Amokläufer alle heißen – aber freuen! E.S.)

„**Empfänger von Arbeitslosengeld II** müssen sich künftig angeblich einer umfangreichen Befragung unterziehen. Wie die Zeitung „Bild am Sonntag“ unter Berufung auf ein Fachkonzept der Bundesagentur für Arbeit (BA) berichtete, sollen **Fallmanager** alle Daten des „**sozialen Geflechts**“ von **Arbeitslosen** erfragen. Dazu zählt die Bundesagentur **Familienkonstellation, Freundschaften, Nachbarschaftskontakte, Vereinszugehörigkeit und Wohnsituation...** Außerdem solle eine „**Bewertung der Beziehungsstärke**“ (auch unter der Bettdecke? E.S.) zu den jeweiligen Personen ausgearbeitet werden, schreibt das Blatt. Erfragt würden auch **Gesundheitsdaten** wie der „gesundheitlicher Zustand, regelmäßige Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte“. Auch Belastbarkeit und „**Frustrationstoleranz**“ der Betroffenen solle erfragt werden.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4363182_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html, 22. Mai 2005)

(Pig brother is watching you! Es war schon immer zu erwarten, dass am Ende der Straße zum Neoliberalismus der Blockwart (neudeutsch: Fallmanager) steht. Aber mir will ja nie einer glauben. Prophylaktisch sei gesagt: Ich würde keinem Fallmanager, dem seine körperliche Unversehrtheit lieb ist, jemals raten, meine Frustrationstoleranz zu erproben. Und wandere ich jetzt auf die Observationslisten des Verfassungsschutzes, wenn ich frage, was in diesem Lande noch passieren muss, bis die Menschen aufstehen, bis die Gewerkschaften zum Generalstreik aufrufen und das freiheitsfeindliche, präfaschistische neoliberale Gesindel in Wirtschaft, Politik und Medien derartig in die Knie zwingen, dass es jammernd in den Schoß zurückkriecht, dem es entsprang? Nun, so sei es. E.S.)

„Rund eine Woche vor der Volksabstimmung über die **EU-Verfassung** haben am Samstag in **Frankreich** Tausende **gegen den Verfassungsvertrag** demonstriert... Der globalisierungskritische Bauernführer José Bové erklärte auf der Veranstaltung unter großem Beifall: „Diese Verfassung wird Europa für 50 Jahre in ein **liberales Wirtschaftsmodell einsperren**.“...“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/19/0,3672,2301459,00.html, 22. Mai 2005)

(Es ist keine fünf Meldungen her, da musste ich schon mal „Vive la France!“ ausrufen. Es hat wohl bis heute seine Auswirkungen, dass eines der berühmtesten historischen Daten in Deutschland der 30. Januar 1933 ist, in Frankreich aber der 14. Juli 1789. Michelndes Duckmäusertum hier, Sturm auf die Bastille und Kampf auf den Barrikaden dort. Wenn das so weitergeht, ziehe ich bald um. E.S.)

(Zur Auflockerung zwischendurch ein paar klare Sätze von einem Vernunftbegabten, also nicht Neoliberalen. E.S.): „In den von Sorge und Angst geprägten Debatten über die angeblich neue Herausforderung durch die **Globalisierung** spielen die **Kapitalbewegungen** eine wichtige Rolle. Von Milliarden und Billionen Dollar, die in Sekundenschnelle elektronisch um den Globus herumgejagt würden, ist die Rede. Und auch viele, die sich gemeinhin als intellektuell bezeichnen würden, hören mit weit **offenen Ohren und Mäulern** zu, wenn die Rede darauf kommt. Ein neues Phänomen ist dies nicht. Oder glaubt jemand ernsthaft, dass die Dollars, die zum Beispiel in den Jahren 1968/69 angesichts einer unterbewerteten DM verkauft worden sind, um in DM zu spekulieren, mit der Queen Elisabeth oder mit Frachtschiffen über den Atlantik transportiert worden sind? Glaubte man ernsthaft, dass damals die Goldreserven bei Spekulationen aus den Kellern geholt und mit Lkws transportiert wurden?“

(Albrecht Müller: Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, München 2004, S. 85)

„**Konzerne verdienen wie nie!** ... Die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland bleibt schwach. Aber die 30 größten deutschen Konzerne, die an der Börse notiert sind, haben im ersten Quartal **soviel verdient wie noch nie**: Erstmals haben gleich **fünf DAX-Unternehmen mehr als eine Milliarde Euro netto verdient. In einem einzigen Quartal, wohlgeerntet.**“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/6/0,3672,2299782,00.html, 19. Mai 2005)

(Ja, da müssen doch logischerweise die Unternehmenssteuern NOCH weiter gesenkt werden und die Erbschaftssteuer auf Betriebsvermögen ebenso! Da ja zwei und zwei fünf sind, oben unten ist und links rechts und da die Wasserträger des Neoliberalismus, unsere politischen, wirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Eliten also, hochgradig denkfähige und charakterlich integre Wesen sind! E.S.)

„Er finde es **„beschämend“**, dass die Diskussion um **ausufernden Kapitalismus** zum Teil gegen ihn persönlich und die **Deutsche Bank** gerichtet sei, sagte **Ackermann** auf der Jahreshauptversammlung der Aktionäre in Frankfurt am Main... Weltweit will die Deutsche Bank **6400 Arbeitsplätze streichen**.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4351626_REF4,00.html, 19. Mai 2005)

„Um **87 Prozent** hat die Deutsche Bank 2004 ihren **Gewinn erhöht**...“

(www.abendblatt.de/daten/2005/02/11/397596.html, 11. Februar 2005)

(Nur wer selbst jede Scham verloren hat, muss **beschämt** werden. E.S.)

„In **Frankreich** haben die **Gewerkschaften** des öffentlichen Dienstes für heute **zum Streik aufgerufen**. Hintergrund ist eine Gesetzesänderung vom vergangenen Jahr. Danach ist der **Pfingstmontag erstmals kein gesetzlicher Feiertag mehr... 55 Prozent** der französischen Arbeitnehmer erklärten einer Umfrage zufolge, **sie würden heute nicht arbeiten**: 28 Prozent nahmen Urlaub, 13 Prozent erklärten, ihr Unternehmen sei geschlossen, und 14 Prozent wollen streiken.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4342798_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html, 16. Mai 2005)

(Vive la France! Ach, wenn es auch in Deutschland kampfbereite Gewerkschaftsführer mit Rückgrad und Mut gäbe und Arbeitnehmer, die dann, wenn ihnen der Kragen platzt, NICHT nach rechts tendieren, wie in diesem Lande historisch notorisch der Fall – was wäre das Leben schön! E.S.)

„Mehrere deutsche Wirtschafts- und Unternehmensverbände haben angesichts der schleppenden Konjunktur die **Abschaffung des Pfingstmontags als arbeitsfreien Feiertag** gefordert. „Wir haben in Deutschland **zu viele Feiertage und zu viel Urlaub**“, sagte der Chef des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels, Anton Börner, der „Bild am Sonntag“...“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/26/0,3672,2298170,00.html, 15. Mai 2005)

(Wir haben in Deutschland vor allem zu viel Vakuum in zu vielen Gehirnen. Obwohl – gerne würde ich den Herrn Anton Börner und andere Arbeitgebervertreter am Pfingstmontag arbeiten sehen. 16 Stunden. Und wenn's geht im Steinbruch. E.S.)

„Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die **CSU drastische Einschnitte in das Kündigungs- und Tarifrecht** gefordert... Der Kündigungsschutz soll für Neueinstellungen bei Kleinbetrieben und in den ersten **Jahren** (!! E.S.) der Betriebszugehörigkeit **nicht gelten**... Erleichterungen für **befristete Beschäftigungen**... **Senkung der Unternehmenssteuern**... Reform der **Erbschaftsteuer**: Wer einen Betrieb fortführt, soll schrittweise die Erbschaftsteuer erlassen bekommen, nach zehn Jahren **entfällt sie ganz** (!! E.S.)...“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/19/0,3672,2298003,00.html, 14. Mai 2005)

(Ist doch logisch: Trotz der miserablen Nachfrage und weit unterausgelasteter Produktionskapazitäten, Resultat der neoliberalen Kaputtsparpolitik, werden Unternehmer Arbeitslose, obwohl man sie gar nicht braucht, einstellen, NUR WEIL man sie in Zukunft fristlos feuern kann! Sauber! Und weil die Gewinne in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen sind, das große Investitions- und Jobwunder aber dennoch ausblieb, müssen die Unternehmenssteuern natürlich NOCH weiter gesenkt und muss die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen folgerichtig GANZ erlassen werden! Haarscharf gedacht! Und bei der nächsten Wahl kriegen wir im Lande der reihum neoliberal durchidiotisierten Hirne für diesen unfassbaren Stumpfsinn wieder 60 Prozent

der Stimmen jener, die, wenn sie es nicht schon selbst getan hätten, eigentlich nur noch zu entmündigen wären. Logisch! E.S.)

„Die Charite in Berlin bereitet die **Entlassung von 1500 Mitarbeitern** ab dem Herbst vor. Grund dafür seien Sparmaßnahmen und (und!!, E.S.) der Abbruch der Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di... ver.di hatte die Verhandlungen über einen so genannten Notlagentarifvertrag, der nach Presseberichten **Lohneinbußen von bis zu zehn Prozent** vorsah, am Vortag abgebrochen. Wissenschaftssenator und Aufsichtsratschef Thomas Flierl (**PDS**) bedauerte die Entscheidung... Die Charité muss bis 2010 insgesamt 212 Millionen Euro einsparen...“

(www.rbb-online.de/_nachrichten/politik/beitrag_jsp/key=news2597637.html, 14. Mai 2005)

(Die **Partei des Demokratischen Sozialismus** in schöner, nein: hässlicher Eintracht mit den neoliberalen Amokläufern! Man buchstabiere also in Zukunft: **Partei des Durchgreifenden Sozialabbaus**. E.S.)

(Es folgt mal wieder etwas Positives. E.S.): „Der Chef des zweitgrößten US-Autobauers Ford **verzichtet** angesichts der Schwierigkeiten bei seinem Unternehmen bis auf weiteres **auf jegliches Gehalt**... **Bill Ford**, der das Unternehmen seit 2001 führt, verzichtet schon traditionell auf das ihm als Vorstandschef zustehende Bargehalt von 1,5 Millionen Dollar (1,2 Millionen Euro) pro Jahr. Von nun an wird er auch auf jegliche weitere Bezahlung verzichten, die bisher vor allem in Aktien erfolgte. Im vergangenen Jahr waren dies insgesamt 22 Millionen Dollar.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4337972_REF4,00.html, 13. Mai 2005)

(Deutsche, macht's den Amerikanern nach! Schon Bill Fords, ich schätze mal, Urgroßvater *Henry Ford*, der Gründer des Autokonzerns, gehörte, im Gegensatz zu heutigen Neoliberalen, zur Spezies der Denkfähigen: Er sah ein und äußerte gar, dass man *Massenprodukte* nur dann verkaufen kann, wenn auch die *Masseneinkommen* stimmen, sie also groß genug sind und wachsen im Maße des Produktivitätsfortschritts. Was bleibt mir da anderes zu *fordern* als Lohnerhöhungen! E.S.)

„Die Bundesregierung will trotz der scharfen Kapitalismuskritik in der SPD **weitere Steuerentlastungen für Unternehmen** durchsetzen. Das Kabinett billigte Gesetzentwürfe zur Entlastung **kleiner und mittelständischer** Familienunternehmen bei der **Erbschaftssteuer** sowie zur **Senkung der Körperschaftssteuer** (also werden auch Großkonzerne entlastet E.S.)... Der Gesetzentwurf zur Erbschaftssteuer beruht zu großen Teilen auf einer **Vorlage der CSU**. Erben soll bei der Fortführung des elterlichen Betriebs pro Jahr zehn Prozent der Steuerschuld erlassen werden, sofern das Betriebsvermögen **nicht über 100 Millionen Euro** liegt.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4306318,00.html, 5. Mai 2005)

(Arme kleine Millionäre, die vom verstorbenen Papa **NUR** ein Betriebsvermögen von **100 MILLIONEN EURO GEERBT** und also **FAKTISCH GESCHENKT BEKOMMEN HABEN**, müssen natürlich, damit sie nicht noch mehr Grund zum Heulen haben, auch noch von Papa Staat steuerlich entlastet werden! Wir sind doch **SOZIALE** Demokraten und haben von **CHRISTLICH**-sozialen gar abgesehen! Und was interessiert uns die Wahrheit: „Nach Informationen aus dem Finanzministerium und dem DIHK ist **kein Fall** bekannt, bei dem ein Betrieb wegen der Erbschaftssteuer nicht fortgeführt werden konnte. Schon heute kann die Erbschaftssteuer bis zu zehn Jahre zinslos gestundet werden. Diese Möglichkeit wird aber laut Experten aus dem Finanzministerium kaum genutzt.“

(www.verdi.de/politik/wirtschaftspolitik_2/wirtschaftspolitik_aktuell/erbschaft_ohne_steuer) E.S.)

„Der **US-Computerriese Dell** kommt nach Halle. Noch in diesem Jahr will der Konzern ein neues Vertriebszentrum mit 300 Arbeitsplätzen einrichten. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren bis zu **750 neue Jobs** entstehen.“

(www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/1939826.html, 3. Mai 2005)

(Das ist der Beweis! Die Neoliberalen haben recht! Deutschland ist ein mieser Standort, das Kapital verlässt fluchtartig das Land, Moskau ist die Hauptstadt von Bayern und der Papst ist Kommunist! E.S.)

„**Arbeitslosigkeit** macht immer mehr Menschen **arm**. Und **Armut macht krank**. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit warnen deutsche Mediziner auf dem Deutschen Ärztetag vor **immer größeren Unterschieden** in der Gesellschaft beim **Erkrankungsrisiko** und den Chancen auf ein gesundes Leben... Der Düsseldorfer Professor (Johannes Siegrist; E.S.) stellt auf dem Kongress am Mittwoch eine Studie der European Science Foundation vor, wonach die **Unterschiede bei der Lebenserwartung** aufgrund der **sozialen Ungleichheit** in den vergangenen Jahren **noch gestiegen** sind.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4304288_NAV_REF1,00.html, 3. Mai 2005)

(Ist man zu polemisch, wenn man die Protagonisten des Neoliberalismus in Parteien, Medien und so genannter Wirtschaftswissenschaft angesichts dieser tödlichen Folgen des neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Irrsinns als Schreibtischtäter bezeichnet? E.S.)

„**Grüne nehmen Wirtschaft in Schutz**. In der aktuellen Debatte um die Kapitalismus-Kritik von SPD-Chef Franz Müntefering hat die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, **Katrin Göring-Eckardt**, die Wirtschaft vor überzogener Kritik in Schutz genommen.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4296234_NAV_REF1,00.html, 2. Mai 2004)

(Die Grünen. Eine deutsche Karriere. E.S.)

„**Rechtsextremisten in Leipzig. Polizei räumt Route für 1000 Neonazis frei.**“

(www.tagesschau.de, 1. Mai 2005. Diese Überschrift verwies auf den Link:

www.mdr.de/nachrichten/sachsen/1937073.html)

(Wenn das Staatsfernsehen schon so formuliert, kann man sich den Rest denken. E.S.)

„**Proteststurm** bei Maiauftritten. **Pfiffe, Buh-Rufe und Eier gegen SPD-Chef Müntefering**. Seine Kapitalismus-Schelte nützte ihm diesmal wenig. Mit lauten Buh-Rufen und einem schrillen Pfeifkonzert wurde Franz Müntefering am Sonntag von rund tausend aufgebrachtten Arbeitern, Arbeitslosen und Gewerkschaftern in Duisburg empfangen. Unter dem Glasdach der Gießerei im Landschaftspark-Nord brodelte es, als der SPD-Vorsitzende zur Maikundgebung des DGB-Niederrhein hinter das Mikrofon und vor ein Meer aus Protestplakaten trat. Vereinzelter Beifall und „Mün-te, Mün-te“-Rufe wurden immer wieder von Trillerpfeifen und „**Lügner, Hau ab**“-Sprechchören übertönt.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/8/0,3672,2293608,00.html)

(„Lügner, hau ab“! Ach, es gibt doch noch Menschen mit Anstand in diesem Lande. Welch schön 1. Mai! E.S.)

„**FDP-Chef Guido Westerwelle hat den Gewerkschaften in massiver Form den Kampf angesagt...** Im Nachrichtenmagazin „Focus“ bezeichnete Westerwelle Gewerkschaftsfunktionäre als „die **wahre Plage** in Deutschland“. Westerwelle kündigte an, die Gewerkschaften nach einem Wahlsieg 2006 **entmachten** und dafür auch Massenproteste in Kauf nehmen zu wollen.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/1/0,3672,2293505,00.html, 30. April 2005)

(Wie handzahn will er unsere brav jede Lohnkürzung und jede Arbeitszeitverlängerung kampflös hinnehmenden Gewerkschaften noch haben? Bis sie selbst fordern, was etwa ein Hans-Werner Sinn fordert, nämlich Lohnkürzungen von einem Drittel? Ist es dann recht? Ich glaube, uns Guido wird erst zufrieden sein, wenn Ex-DGB-Chef Sommer als Langzeitarbeitsloser im Rahmen eines Ein-Euro-Jobs im Hause Westerwelle die Küche putzt und Bier holen geht. Obwohl, das wäre eigentlich keine schlechte Strafe für Sommers Kotau, der neoliberale Irrsinnsweg in Richtung „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ sei „unumkehrbar eingeschlagen“ („Spiegel“ 7/2005). E.S.)

(Es folgt ein kleiner Ausbruch von Wahrheit in diesen ansonsten neoliberal durchidiotisierten Zeiten! E.S.): „Deutsche Wirtschaft **profitiert** von EU-Erweiterung. ZDF liegt DIHK-Umfrage vor: **80.000 neue Arbeitsplätze**. Die deutschen Unternehmen ziehen eine überwiegend positive Bilanz nach einem Jahr **EU-Osterweiterung**. Das ergibt eine DIHK-Umfrage, die dem ZDF vorliegt. Danach sehen 31 Prozent der befragten 2400 Unternehmen die Erweiterung positiv und nur 13 Prozent negativ.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/30/0,3672,2292766,00.html, 29. April 2005)

(So sieht die reale Bedrohung durch die Billiglohnländer im Osten jenseits der neoliberalen Lügen aus! Wenn wir jetzt noch Gewerkschaften hätten, die all jene Betriebe in Grund und Boden streiken würden, die eben noch Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen erpressten unter Hinweis auf die billigen Löhne im Osten... Man lese dazu auch die nächste Meldung. E.S.)

(Es folgt *noch* ein kleiner Ausbruch von Wahrheit in diesen ansonsten neoliberal durchidiotisierten Zeiten! E.S.): „MITTELSTANDSSTUDIE: Job-Exporteure schaffen neue Stellen in Deutschland. Für jeden Arbeitsplatz, den erfolgreiche deutsche Mittelständler im Ausland schaffen, entstehen laut einer Studie der Unternehmensberatung **McKinsey** fast **drei neue Jobs im Inland**. Ein weiteres Ergebnis: Der Job-Export in Billiglohnländer ist ökonomisch keineswegs immer sinnvoll.“

(www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,353937,00.html, 29. April 2005)

(Ich will nicht wissen, was diese Studie von McKinsey gekostet hat. Die Wahrheit gab's bei mir früher als bei McKinsey und auch noch umsonst:

www.egbert-scheunemann.de/Mythos-Arbeitsplatzexport-2.pdf, E.S.)

„...“Ich finde es **zum Kotzen**, was derzeit in dieser Republik abläuft.“ So hat der Präsident der Bundesvereinigung der **Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)**, **Dieter Hundt**, auf die so genannte Kapitalismuskritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering reagiert.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4296234_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html, 29. April 2005)

(Ich finde es, aber wem sag' ich das, auch zum Kotzen, was in dieser auf den Hundt gekommenen Republik abläuft! E.S.)

„Die **elektronische Fußfessel** setzt bei Straftätern Motivation und Kräfte frei, die mit herkömmlichen Mitteln der Bewährungshilfe nicht erreicht werden können. Die Fußfessel-Träger werden zu einer für ihre Verhältnisse hohen Selbstdisziplin und zur Erfüllung des ihnen vorgegebenen Wochenplans angehalten. Die elektronische Fußfessel bietet damit auch **Langzeitarbeitslosen** und therapierten **Suchtkranken** die Chance, zu einem geregelten Tagesablauf zurückzukehren und in ein Arbeitsverhältnis vermittelt zu werden. (Die Presse-Erklärung des Ministeriums ist gegen 17:30 Uhr vom Netz genommen worden.)“

(www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=5710&key=standard_document_5677670, 28. April 2005)

(Was soll einen noch wundern in einem *neoliberal* gleichgeschalteten Lande, in dem neulich erst – im Kontext des Mordes an Jakob von Metzler – Heerscharen von moralisch und intellektuell Degenerierten sanktionsfrei bekunden durften, dass sie *Folter* gar nicht so schlecht finden? Ich warte nur darauf, wann der erste neoliberale Mikrozephalö öffentliche Auspeitschen von arbeitsscheuem Gesindel fordert. E.S.)

„Die **rechtsextremistische Kriminalität** in Deutschland hat nach einem Bericht des „Tagesspiegels“ im vergangenen Jahr den **höchsten Stand** seit 2000 erreicht. Die Landeskriminalämter hätten 2004 12.051 rechtsextremistische Straftaten registriert, meldete das Blatt. Das sind 1.256 mehr als 2003 und auch deutlich mehr als 2002 (10.902) und 2001 (10.054).“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4289618_REF2,00.html, 27. April 2005)

(Gab's da nicht auch in der Weimarer Republik einen gewissen Zusammenhang zwischen – Brüningscher – Kaputtsparpolitik (Löhne und Sozialleistungen runter, Gewinne hoch), massiver Zunahme der Massenarbeitslosigkeit und dem Anwachsen des Rechtsextremismus? Faschismus, auch hier wiederhole ich mich, als Endstadium des zur Kenntlichkeit entstellten Kapitalismus bzw. des *Neoliberalismus* – so spielt das Leben, wenn man, wie unsere neoliberalen Irren in Chefetagen, Politik, Medien und so genannter Wirtschaftswissenschaft, außer Profitgier nichts im Kopf hat. E.S.)

„Neben Krankenkassenchefs und Ärzte-Funktionären haben einem Zeitungsbericht zufolge auch die Vertreter von Zahnärzten ihre **Bezüge** im vergangenen Jahr **kräftig gesteigert**. Statistiken zeigten, dass die Bezüge einzelner Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZV) 2004 um **mehr als 300 Prozent gewachsen** seien, berichtet die „Süddeutsche Zeitung“. Spitzenreiter sei der Chef der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Dietmar Gorski. Sein Gehalt liege nun bei 221.600 Euro und damit **49.000 Euro (350 Prozent) über dem Vorjahr**.“

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4289810_REF2,00.html, 27. April 2005)

(Der letzte Satz offenbart zwar, dass mindestens ein Redakteur nicht rechnen kann – wenn ein Gehalt um 49.000 Euro auf 221.600 gestiegen ist, ist es, da es davor 172.600 betrug, um knapp 28,4 Prozent gestiegen – , aber auch diese Größe offenbart den neoliberalen Zeitgeist, unter dessen Herrschaft solche Obszönitäten nur denkbar sind, als das, was er ist: widerwärtig. Man rechne zusammen, wie viele Kleinrentner und Sozialhilfeempfänger jährlich 40 Euro Praxisgebühren zahlen müssen, um die Raffgier auch nur EINES – mit hoher Wahrscheinlichkeit – Wählers oder Funktionärs der „Partei der Besserverdienenden“ oder anderer neoliberal gleichgeschalteter Parteien zu befriedigen. E.S.)

„Die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre **Wachstumsprognose** für dieses Jahr **halbiert**. Statt wie im Herbst von 1,5 Prozent gehen sie in ihrem Frühjahrsgutachten von nur noch 0,7 Prozent aus. Für Mitte dieses Jahres erwarten sie einen **kräftigen Rückgang der Arbeitslosigkeit**.“

(www.heute.de/ZDFheute/inhalt/30/0,3672,2291614,00.html, 26. April 2005)

(Die neoliberale Kaputtsparpolitik zeitigt eben, ich muss mich wiederholen, unerbittliche Folgen. Vor lauter Verwirrung ob der furchtbaren Ergebnisse dieser selbst massiv geforderten und forcierten neoliberalen Wahnsinnspolitik halluzinieren die an Hirn verwaisten Wirtschaftsweisen sogar schon einen anstehenden „kräftigen Rückgang der Arbeitslosigkeit“, obwohl sie doch gerade einen kräftigen Rückgang des erwarteten Wachstums konstatieren mussten. Welch kräftiger Rückgang klaren Denkens! E.S.)

„**Nordrhein-Westfalens** Ministerpräsident **Peer Steinbrück** (SPD) hat sich nach der geplanten Senkung der Körperschaftssteuer mit scharfen Worten gegen weitere Steuernachlässe für Unternehmen ausgesprochen. Er warf den Vertretern von Wirtschaftsverbänden vor, oft nichts besseres zu tun zu haben, als „nach der nächsten Steuersenkung sofort weitere Nachforderungen zu stellen“. Zudem stellte sich Steinbrück hinter die **Kapitalismus-Kritik** von SPD-Chef Franz **Müntefering**: Die Marktwirtschaft sei in einigen Teilen zu einem „**Raubtierkapitalismus**“ ausgeartet, rügte er.“

(www.handelsblatt.com, 24. April 2005)

„SPD-Chef: „**Profitstreben gefährdet Demokratie**“. SPD-Chef **Müntefering** schlägt klassenkämpferische Töne an: In einer Rede zum Grundsatzprogramm der SPD beschwor er die „**wachsende Macht des Kapitals**“ und attackierte die Wirtschaft für ihr „**kurzatmiges Profithandeln**“.“

(www.tagesschau.de, 13. April 2005)

„Der SPD-Vorsitzende Franz **Müntefering** hat die von ihm ausgelöste Diskussion um Auswüchse des Kapitalismus erneut verteidigt. „Es war dringend nötig, die Debatte zu beginnen“, sagte Müntefering in der ARD-Sendung „Sabine Christiansen“. Die Menschen würden erwarten, „dass wir Politik für sie machen“. Zugleich betonte er, Rot-

Grün halte an der Agenda 2010 fest. Seine Kritik bedeute nicht das Ende der Reformpolitik.“

(www.tagesschau.de, 25. April 2005)

(Lügen sie offen, sind sie schizophran – oder sind sie nur noch dumm? Erst entfesseln sie das Raubtier Kapitalismus und hetzen es auf die große Mehrheit der arbeitenden Menschen durch Steuergeschenke über Steuergeschenke für das Kapital und die Kapitalisten, durch „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ und Legionen anderer sozial- und arbeitsmarktpolitischer Schweinereien – und kurz vor der für die SPD existenziell wichtigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen fällt ihnen ein oder lügen sie uns vor, dass etwas falsch gelaufen sein könnte? Und obwohl etwas falsch gelaufen sein soll, wollen sie am Falschen, der ‚Reformpolitik‘, festhalten?! Neulich im Tollhaus! E.S.)

„Folge der **Gesundheitsreform: Umsatz der Augenoptiker auf Rekordtief**. Der Wegfall der Kassenzuzahlungen für Brillen hat den Augenoptikern im vergangenen Jahr den drastischsten Umsatzeinbruch seit Jahrzehnten beschert. Insgesamt sanken die Umsätze der Branche um 31 Prozent auf drei Milliarden Euro. Die Zahl der verkauften Brillen verringerte sich um 27 Prozent auf 8,4 Millionen Stück...“

(www.tagesschau.de, 19. April 2005)

(Ich ahnte es: Neoliberalismus macht blind! E.S.)

„Die rund 20 Millionen **Rentner** in Deutschland müssen sich auch in diesem Jahr definitiv auf eine **Nullrunde** einstellen. Das **Bundeskabinett beschloss** eine entsprechende Verordnung. Damit gibt es zum Rentenanpassungstermin am 1. Juli **wie schon im vergangenen Jahr kein zusätzliches Geld**. Das Bundessozialministerium begründete die Nullrunde mit dem **äußerst geringen Lohnwachstum** im vorigen Jahr.“

(www.tagesschau.de, 13. April 2005)

(Weil es aufgrund der geistesgestörten neoliberalen Wirtschaftspolitik schon Müller und Meier dreckig geht, muss es natürlich in Zukunft Kunze und Schmidt genauso dreckig gehen! Gerechtigkeit für alle! Das ist die neoliberale Logik, die wir alle lieben – nach dem altherwürdigen Motto liberalen Rechtsverständnisses: Es ist auch Millionären verboten, unter Brücken zu schlafen! E.S.)

„Nach der EU-Kommission senkt auch der Internationale Währungsfonds (IWF) seine **Wachstumsprognose für Deutschland**. Nachdem die Organisation im Herbst noch von einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 1,8 Prozent ausgegangen war, liegt die neue Schätzung nun **unter einem Prozent**, wie es aus der deutschen Delegation für die Frühjahrstagung von IWF und Weltbank hieß.“

(www.tagesschau.de, 13. April 2005)

(Die Folgen der neoliberalen Kaputtspartpolitik, von Lohn- und Sozialleistungskürzungen und also der Zerstörung binnenwirtschaftlicher Nachfrage sind eben unerbittlich. Man kann sich angesichts dieser erbärmlichen Wachstumsprognose vorstellen, was die neoliberalen Irren fordern werden, wenn im nächsten Winter die Arbeitslosenzahl auf über 6 Millionen steigen wird – die Einführung von Ein-Cent-Jobs, die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 15 Prozent, die Abschaffung aller Unternehmenssteuern, die Einführung einer Bettlersteuer oder gleich die Verwahrung von Obdachlosen, Junkies und anderen Pennern in Armen- und Arbeitshäusern. Das Zuchthaus als Endstadium des *Neoliberalismus* – Ironie, nein: Dialektik, nein, noch besser: LOGIK der ganzen neoliberalen Geschichte. E.S.)

„**Arbeitgeber-Präsident Hundt** hat sich für eine Überprüfung der familienpolitischen Leistungen ausgesprochen. Vor allem die **dreijährige Jobgarantie für Mütter gehe an der betrieblichen Realität vorbei**, sagte er in den Medien.“

(www.heute.de/ZDFheute, 13. April 2005)

(Nicht jeder sollte seinem Namen Ehre machen. E.S.)

„Die knapp 20 Millionen **Rentner** in Deutschland sollten nach **Experten-Ansicht auf Jahre nicht mit höheren Bezügen rechnen**. Der Freiburger Finanzwissenschaftler **Professor Bernd Raffelhüschen** ist der Ansicht, wenn die Konjunktur nicht „überraschend stark“ anspringe, müssten sich die Rentner „mindestens fünf Jahre lang im Schnitt auf **Nullrunden**, hin und wieder sogar auf **Minusrunden** einstellen“... **Antje Hermenau**, **Grünen-Fraktionschefin** in Sachsen und frühere Haushaltssprecherin im Bundestag, sagte: „Die Lage der Rentenkasse ist dramatisch. Deshalb ist es völlig **richtig**, dass es zur Zeit **keine Rentenerhöhung** gibt. Auch in den nächsten Jahren werden wir um weitere **Nullrunden** nicht herumkommen.“ Baden-Württembergs Sozialministerin **Tanja Gönner (CDU)** betonte: „Wenn Löhne und Gehälter nicht steigen, können auch die **Rentner keine Zuwächse** erwarten.“...“

(www.heute.de/ZDFheute, 10. April 2005)

(„Wissenschaft“, Grüne und CDU in schlimmster Eintracht – eben, die neoliberale GLEICH-SCHALTUNG, von der ich immer sprach. Dass zudem ein aus Steuergeldern und also aus anständiger Arbeit anständiger Menschen bezahlter neoliberaler Schwatzkopf, dessen Name schon vom Raffen kündigt, IM NAMEN DER WISSENSCHAFT ein Dokument moralischer wie intellektueller Verkommenheit in einem ebenso aus Steuergeldern (bzw. Zwangsbeiträgen) finanzierten öffentlich-rechtlichen Sender widerspruchs- und kritiklos absondern darf, gesellt dann auch letzteren wie die bürgerlichen Medien insgesamt – zumindest für des Lesens Mächtige – zum neoliberal gleichgeschalteten Zeitgeist. Keiner dieser „Experten“ kommt auf die Idee, dass die neoliberale Therapie, unter Denkfähigen auch *Brüningsches Kaputtsparen* genannt, das Problem sein könnte – ja es IST. E.S.)

„Trotz eines nur marginalen **Absatzzuwachses** hat die Ingolstädter VW-Tochter **Audi** den **Gewinn** im ersten Halbjahr 2004 **deutlich gesteigert**...“

Nach monatelangem Ringen um einen Beschäftigungspakt hat der Autohersteller **Audi** der IG Metall eine **Einkommensenkung** für neu eingestellte **Mitarbeiter** abgetrotzt. Ein Teil der Beschäftigten muss zudem künftig **ohne Lohnausgleich länger arbeiten**.“

(Erster Satz: www.heute.de/ZDFheute, 03. August 2004; zweite Meldung: www.heute.de/ZDFheute, 08. April 2005)

(Der – auch noch gewerkschaftlich kampflos gebilligte – Irrsinn nimmt kein Ende. E.S.)

„Die **Berliner Symphoniker werden aufgelöst**... Am Sonntag werde das renommierte Orchester im großen Saal der Philharmonie in Berlin sein letztes Konzert geben. Nachdem der **Senat Zuschüsse in Höhe von drei Millionen Euro gestrichen** hatte, beantragte der Trägerverein des Orchesters im September vergangenen Jahres Insolvenz.“

(www.rbb-online.de, 08. April 2005)

(Einerseits Senkung des Spitzensteuersatz von 45 auf 42 Prozent zum 01. Januar 2005, um die unersättliche Raffgier der herrschenden Herrschaften mit dem x-ten Steuergeschenk – wohl wieder vergebens – zu befriedigen, andererseits immer weiter gehende Zerstörung öffentlicher Kultur und sozialer wie zivilisatorischer Errungenschaften – so sieht sie aus, die schöne neue neoliberale Welt, vulgo: Barbarei. E.S.)

„Niedersachsen will das **Bafög abschaffen** und unterstützt damit den Vorstoß der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan.“

(www.tagesschau.de, 06. April 2005)

(Exportweltmeister Deutschland, arm an fast allen Rohstoffen und reich allein an Humankapital und – im internationalen Vergleich – hervorragender staatlicher Bildungs-, Forschungs-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, braucht natürlich nichts dringender als eine Reduktion der Ausbildung von Hochqualifizierten und eine plutokratische Feudalisierung von Bildung und Wissenschaft. Sind unsere politischen Eliten eigentlich nur noch strohdumm – oder werden sie inzwischen direkt bezahlt aus den Protokassen der Konzerne? Wahrscheinlich beides. E.S.)

(Es folgt mal was Positives! E.S.): „**BRANDREDE DES PORSCHE-CHEFS...** Die **hohen Lohnkosten** sind das größte Problem in Deutschland, sagen viele Volkswirte und Firmenbosse. **Stimmt überhaupt nicht**, antwortet nun Porsche-Chef Wendelin Wiedeking. Bei einem kämpferischen Auftritt vor Politikern machte er ganz andere Ursachen für die Krankheit des „deutschen Patienten“ verantwortlich.... Es sei falsch zu glauben, Arbeitsplätze seien in Deutschland zu teuer und neue könnten nur noch im Ausland entstehen, sagte Wiedeking am Abend vor Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags. „Die Lohnkosten sind wirklich nicht das eigentliche Problem in Deutschland.“ Er verwies auf sein eigenes Unternehmen. Porsches Stammwerk stehe „im Herzen des **Hochlohnlandes** Deutschland“ – trotzdem (DESWEGEN! E.S.) sei der Konzern weltweit **erfolgreich**... Besonders kritisch sieht er die Tatsache, dass Unternehmen bei Standortverlagerungen ins Ausland die Kosten für die Planung der Investition, den Transfer der Arbeitsplätze, die Verwaltung und die Finanzierung des Tochterunternehmens voll steuerlich geltend machen können...“

(www.spiegel.de, 05. April 2005)

„Die **Ungleichheit** der verfügbaren **Einkommen** (in Großbritannien, einem der neoliberalen Musterländer, E.S.) ist einer Studie des Institute for Policy Research zufolge seit 1997 weiter **angestiegen**. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung konnten ihren Anteil am Gesamtvermögen zwischen 1990 und 2001 von 47 auf 54 Prozent ausweiten; der Gini-Koeffizient, das internationale Maß für Ungleichheit, hat sich zwischen 1997 und 2002 von 33 auf 36 erhöht“.

(Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 4/2005, S. 397)

„**Psychische Störungen** und **Depressionen** verursachen immer mehr **Arbeitsausfälle**. Das geht aus bisher unveröffentlichten Zahlen der Techniker Krankenkasse hervor, die dem ZDF-Magazin Frontal21 vorliegen. Demnach stieg die Zahl der Fehlzeiten durch eine psychische Störung zwischen 2000 und 2004 um 20 Prozent... Zugleich gingen die **krankheitsbedingten Fehlzeiten insgesamt zurück**... **Arbeitslose** waren den Angaben zufolge erheblich länger wegen Depressionen krankgeschrieben als Berufstätige...“

(www.heute.de/ZDFheute, 05. April 2005)

(Wachstum psychischer Störungen in der schönen neuen neoliberalen Welt? Ich wusste schon, warum ich seit Jahren vom neoliberalen IRRSINN spreche... E.S.)

„Der Automobilzulieferer (**Continental**, E.S.) meldet für das vierte Quartal 2004 den **höchsten Gewinn der Konzerngeschichte**... Continental hat 2004 erstmals einen operativen Gewinn von mehr als einer Milliarde Euro erzielt...“

(http://boerse.ard.de, 31. März 2005)

(Kommentar? Siehe bitte die übernächste Meldung vom 30. März 2005. E.S.)

„Bei Deutschlands zweitgrößtem **Stahlkonzern Salzgitter AG** ist der **Betriebsgewinn** im vergangenen Jahr deutlich gestiegen: Das Unternehmen steigerte das Ergebnis vor Steuern dank des anhaltenden weltweiten Stahlbooms von 42,5 Millionen auf 322,8 Millionen Euro. Nach Steuern verbuchte Salzgitter einen Jahresüberschuss von 246,7 Millionen Euro, ein **Plus von über 770 Prozent**...“

(www1.ndr.de, 31. März 2005)

(Kommentar? Siehe bitte die nächste Meldung vom 30. März 2005. E.S.)

„Der **Sportartikelhersteller Puma** geht 2005 nach wie vor von einem Umsatz- und Konzernergebniswachstum im mittleren bis oberen einstelligen Prozentbereich aus... 2004 hatte das... Unternehmen einen Umsatz von 1,530 Milliarden Euro und einen Konzerngewinn von 257,3 Millionen Euro erwirtschaftet...“

Im vergangenen Jahr verbesserte **Hugo Boss** seinen Umsatz um elf Prozent auf 1,168 Milliarden Euro. Währungsbereinigt hatte das Plus 13 Prozent betragen. Das Ergebnis vor Steuern legte um acht Prozent auf 130,1 Millionen Euro zu...

Beiersdorf hatte sich im abgelaufenen Jahr dank guter Auslandsgeschäfte sowie neuer Produkte von dem flauen Konsum in Deutschland (!! , E.S.) abkoppeln können und den Umsatz um 2,5 Prozent auf 4,55 Milliarden Euro gesteigert. Bereinigt um Wechselkurseffekte nahmen die Erlöse um 4,5 Prozent zu... Während der Gewinn vor Steuern und Zinsen auf 483 (Vorjahr 455) Millionen Euro stieg...“

(Alle drei Nachrichten: www.heute.de/ZDFheute, 30. März 2005)

(Das sind drei Meldungen an nur EINEM Tag! Die UMSATZrenditen dieser drei Unternehmen liegen damit zwischen zehn und 17 Prozent! Man beachte, dass die EIGENKAPITALrenditen (diese entsprechen den eigentlichen **Profitraten**) entsprechend, und zwar **dramatisch höher** sind. Logisch, zumindest nach der Logik der neoliberalen Irren, dass unsere Not leidenden Unternehmen durch weitere Steuergeschenke bei Laune gehalten werden müssen – siehe die Nachricht vom 17. März 2005 etwas weiter unten. E.S.)

„Der **Krankenstand** ist auf einen **historischen Tiefstand** gesunken. Doch **immer mehr Menschen werden psychisch krank**... Im Gesundheitsreport 2004 des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen sind **Depressionen** eine der häufigsten Einzeldiagnosen überhaupt – während der Krankenstand insgesamt sinkt. Die bei den Betriebskrankenkassen versicherten erwerbstätigen Pflichtmitglieder waren im Schnitt nur noch an dreizehn Kalendertagen arbeitsunfähig. 44 Prozent der Beschäftigten fehlten überhaupt nicht krankheitsbedingt. Damit hat die Krankenstandsquote mit 3,6 Prozent den **niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen 1976 erreicht**. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam im Februar 2005 eine Erhebung des Bundesgesundheitsministeriums...“

(www.zeit.de, 29. März 2005)

(Nur in einem kranken System schleppen sich immer mehr Menschen krank zur Arbeit. E.S.)

„Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD) hat seine Forderung an die Unternehmen in Deutschland bekräftigt, nun ihren Anteil am Wirtschaftsaufschwung zu leisten, nachdem die Bundesregierung **schmerzhafte Reformen** durchgesetzt habe... Mit den Reformen der **Agenda 2010** seien durch eine gewaltige Kraftanstrengung **allerbeste Voraussetzungen für die Unternehmen** geschaffen worden...“

(www.heute.de/ZDFheute, 27. März 2005)

(Ob er irgendwann begreifen wird, dass kein Unternehmen auch bei noch so geringen Gewinnsteuern und noch so hohen Profiten investieren wird, wenn die Auftrags- und Nachfragelage – Folge der durch Schröder & Co. forcierten Lohn- und Sozialleistungskürzungen – miserabel ist? E.S.)

„Der Regierungsberater **Bert Rürup** hält weitere **Renten Kürzungen** in den kommenden fünf Jahren für unausweichlich... Sollte es in der kommenden Legislaturperiode keine Änderungen zur Absenkung des Rentenniveaus geben, könnten nach Ansicht Rürups die Beiträge zur Rentenversicherung nicht wie geplant bis 2020 auf 20 Prozent und bis 2030 auf 22 Prozent gedeckelt werden. Das liege unter anderem an der sehr flachen Lohnentwicklung, sagte der **Vorsitzende des Sachverständigenrates** zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung...“

(www.tagesschau.de, 26. März 2005)

(Das ist die „Logik“ der Neoliberalen: Weil die Lohnentwicklung „flach“ ist – also faktische Reallohnkürzungen auch zu verminderten Rentenversicherungsbeiträgen führen – , müssen nicht etwa die Löhne erhöht, sondern die Renten weiter gekürzt werden... E.S.)

„Die Regierungserklärung von Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD) habe sich dagegen (gegen die neoliberale Brandrede von Bundespräsident **Horst Köhler** vor und zu Gunsten von Arbeitgebern am 15. März 2005 in Berlin; E.S.) „wohltuend abgehoben“. Er (IG-Metall-Chef **Jürgen Peters**; E.S.) habe Schröders Rede auch als Versuch empfunden, „wieder auf die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer zuzugehen...“

(www.heute.de/ZDFheute, 19. März 2005)

(Die Ankündigung einer weiteren Senkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 19 Prozent – siehe die nächste Meldung unten – ist für einen deutschen Gewerkschaftsführer also „wohltuend“; diese Welt wird immer wundersamer... E.S.)

„**Bundeskanzler Schröder** hat in einer Regierungserklärung die Senkung der Körperschaftssteuer von 25 auf 19 Prozent angeregt.“

(www.tagesschau.de, 17. März 2005)

(Wenn die Zahl der Arbeitslosen 6 Millionen beträgt, wird er wahrscheinlich eine Senkung der Körperschaftssteuer auf 9 Prozent vorschlagen – und die Einführung einer Bettlersteuer zur Gegenfinanzierung... E.S.)

„...„Die Bezüge des Arbeitslosengeld-II-Empfängers müssen deutlich abgesenkt werden, damit das Lohnabstandsgebot gilt“, forderte **Michael Eilfort**, Vorsitzender der überparteilichen **Stiftung Marktwirtschaft**.“

(www.heute.de/ZDFheute, 16. März 2005)

(Die „Stiftung Marktwirtschaft“ ist ungefähr so überparteilich wie der Wirtschaftsteil der FAZ – oder das staatstragende ZDF. E.S.)

„Wie die *Bild-Zeitung* berichtet, können viele **Krankenkassen- und Ärztfunktionäre** ab 65 Jahren mit **Pensionen** von bis zu 71,75 Prozent des Gehaltes rechnen. So habe der Chef des AOK-Bundesverbandes, Hans Jürgen Ahrens, einen Pensionsanspruch in Höhe der Hälfte seines letzten Jahresgehaltens (derzeit rund 170.000 Euro) und damit von rund **7100 Euro im Monat**. Der Chef der AOK Sachsen-Anhalt, Günter Kasten, könne mit rund 6300 Euro in den Ruhestand gehen, sein Vize Gerd Kuhnert mit bis zu 5700 Euro.“

(www.tagesschau.de, 14. März 2005)

„Heute haben die Arbeitgeber ihre Forderungen vorgelegt: Neben **Steuersenkungen (für Unternehmen, E.S.)** wollen sie den Kündigungsschutz lockern und die **Renten kürzen**.“

(www.tagesschau.de, 14. März 2005)

(So etwas nennt man Gegenfinanzierung! E.S.)

„Die **Bundesregierung** plant nach einem Zeitungsbericht nun offenbar doch größere Reformschritte bei der Unternehmensbesteuerung. Das Bundesfinanzministerium suche nach Möglichkeiten, den **Körperschaftsteuersatz** von derzeit 25 Prozent in Richtung 20 Prozent zu **senken**, berichtete die Zeitung *Welt am Sonntag* vorab. Das Vorhaben würde rund fünf Milliarden Euro kosten...“

(www.tagesschau.de, 12. März 2005)

(Bei wem werden diese fünf Milliarden wohl eingespart? E.S.)

„Das **Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** schlägt vor, älteren Arbeitnehmern weniger zu bezahlen...“

(www.heute.de/ZDFheute, 12. März 2005)

(Ich hoffe, die DIW-„Wissenschaftler“ sind schon alle über 50 Jahre alt! E.S.)

„Beispiel **Deutsche Bank**: Gewinn 2,5 Milliarden Euro, das reicht der Bank nicht. Die Folge: Über 1900 Stellen werden gestrichen. Beispiel **Telekom**: Trotz eines Gewinns von 4,6 Milliarden Euro geht der jahrelange Stellenabbau weiter. Bis 2005 gehen 42.000 Stellen verloren.“

(www.heute.de/ZDFheute, 9. März 2005)

(Ich wüsste da auch ein paar, denen ich gerne fristlos kündigen würde... E.S.)

„Mehrere **Vorstände deutscher Krankenkassen** haben sich im vergangenen Jahr offenbar die Gehälter deutlich erhöht... So erhielten etwa die Chefs des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) je 16 667 Euro im Jahr mehr.“

(www.heute.de/ZDFheute, 6. März 2005)

(Diese kranken Kassen... E.S.)

„Der Präsident des Ifo-Instituts, **Hans-Werner Sinn**, regte eine Senkung der Löhne an, um die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer zu bremsen. Sinn schlug vor, Ein-Euro-Jobber **meistbietend** als Leiharbeiter der **privaten** Wirtschaft anzubieten.“

(Financial Times Deutschland: www.ftd.de, 5. März 2005)

(Dieser „Wissenschaftler“ fordert offen Menschenhandel, ja Handel mit Arbeitssklaven – und wird dafür nicht fristlos gekündigt, vor Gericht gezerzt und hinter Gittern gebracht! E.S.)

„Alte, gebt den Löffel ab.“

Jan Dittrich, nach dieser Äußerung zurückgetretener Chef der Jung-Liberalen (www.tagesschau.de, 04. März 2005).

(Dem Jan Dittrich mindestens Eine hinter die Löffel! E.S.)

„Das Bundeskabinett hat den **Armuts- und Reichtumsbericht** von Bundessozialministerin Ulla Schmidt gebilligt. Der Untersuchung zufolge hat sich in Deutschland die **Schere zwischen Arm und Reich** seit dem Amtsantritt von Rot-Grün 1998 **weiter geöffnet**. So erhöhte sich der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen von 12,1 Prozent im Jahr 1998 auf 13,5 Prozent im Jahr 2003. Von den Familien seien sogar 13,9 Prozent arm. In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das: Mehr als elf Millionen Bundesbürger gelten als arm.“

(www.tagesschau.de, 03. März 2005)

„Dieser Weg ist unumkehrbar eingeschlagen.“

Michael Sommer, DGB-Chef, in einem Interview (im „Spiegel“ 7/2005) über die „Agenda 2010“.

(Der Sommer Michael scheint unumkehrbar eingeschlafen zu sein – geistig, moralisch und überhaupt. Was kann auch anderes passieren, wenn die neoliberale Ideologie unumkehrbar einschlägt ins Hirn und ein Vakuum hinterlässt sondergleichen. E.S.)

„Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden....“

Norbert Walter, Chef-Ökonom der Deutschen Bank (www.tagesschau.de, 08. Februar 2005).

(Sodann ist der Sozialismus in Monaco und Las Vegas und schließlich auf dem Mars und der Venus zu überwinden. E.S.)

„**Norbert Walter**, Chefökonom der **Deutschen Bank**, präsentierte seine Visionen in der *Magdeburger Volkstimme* (vom 11. Februar 2005; E.S.). In Zukunft können „manche von uns **nicht so viel verdienen, wie sie in Deutschland zum Überleben brauchen**. Dann kann es sein, dass zwei oder drei Mitglieder einer Familie arbeiten müssen, damit es zum Leben reicht.“ Es gehe nicht mehr, dass Unternehmer verpflichtet sind, „einem Beschäftigten einen Familienlohn zu zahlen“... „Wir brauchen nicht auf polnisches

Lohnniveau, aber wir müssen von unserem extrem hohen Niveau runter.“ „Wir müssen das **Sozialleistungsniveau absenken**“... Wir müssen die Leute „begeistern, intensiv und lange zu **arbeiten... 60 Stunden pro Woche**.“ Oder auch mal „**zwei Jahre lang auf den Jahresurlaub zu verzichten**.“ „Wir können uns ein **Wohngeld**, ... wir können uns **Renten** auf dem heutigen Niveau **nicht leisten**“...“

(www.verdi.de/politik/wirtschaftspolitik_2/wirtschaftspolitik_aktuell/ab_in_die_armut, Februar 2005)
(Wir können uns vielmehr Chefökonomien auf dem geistigen und moralischen Niveau eines Norbert Walter nicht leisten – eigentlich. Weil die herrschenden Herrschaften sich aber solche Chefökonomien nur zu gerne leisten, die nachplappern, was ihnen die herrschenden Herrschaften nachzuplappern geheißen haben, sieht es in diesem Lande aus, wie es aussieht – grauenhaft. E.S.)

„Die fünf unionsgeführten Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen und das Saarland wollen sofort **Studiengebühren einführen**, sollte... das Verfassungsgericht das bundesweite Verbot kippen... Das Bundesverfassungsgericht hat den **Weg für die Einführung von Studiengebühren frei gemacht**.“

(Erste Meldung: www.tagesschau.de, 26. Januar 2005; zweite Meldung: www.tagesschau.de, 26. Januar 2005)

(Die herrschenden Herrschaften wünschen wieder unter sich zu weilen, nicht gestört durch elende Proleten, soziale Aufsteiger und andere ehemalige und nun endlich wieder zukünftige Lakaien. E.S.)

„Weder der starke Euro noch der Ölpreisrekord konnten den **deutschen Export** im vergangenen Jahr bremsen: Der Außenhandel hat 2004 eine **Bestmarke** erklimmt und um voraussichtlich 10 Prozent auf 731 Milliarden Euro zugelegt... Der **Ausfuhrüberschuss** beläuft sich den Angaben zufolge auf **155,6 Milliarden Euro**. Das wären mehr als **17 Prozent mehr als der bisherige Rekordwert** von 2002, als der Überschuss rund 132,8 Milliarden Euro betragen hatte...“

(www.tagesschau.de, 18. Januar 2005)

(Das sind die Fakten gegen die neoliberalen Lügen, dass Deutschland durch immer weitergehende Steuersenkungen und Lohn- und Sozialleistungskürzungen „wieder“ international wettbewerbsfähig werden müsse und nur auf diesem Wege die Arbeitslosigkeit zu verringern sei. E.S.)

„Jetzt spielen die Nationalstaaten keine Rolle mehr. So bricht sich jetzt der Machtwille, man kann auch sagen, die **Gier nach Geld**, Bahn. Die macht sich selbstständig und geht **über Leichen**... Wir haben auf der globalen Ebene in der Ökonomie keine Ordnung. Kein Gesetz, kein Recht, keine Regel. Von dieser globalen Ökonomie mit einem täglichen Börsenumsatz von zwei Billionen Dollar partizipieren die **multinationalen Konzerne** und die **Spekulant** genauso wie **Drogendealer, Mafia** und **Terroristen**. Und der kleine Mann steht auf der Straße.“

Heiner Geißler, CDU (www.sueddeutsche.de/panorama/artikel/528/44484/print.html; SZ am Wochenende vom 11./12. Dezember 2004).

(Einer der letzten Aufrechten in seiner Partei. E.S.)

„Die **Gewinne** von Unternehmen und Vermögensbesitzern in Deutschland haben einen neuen **Rekordstand** erreicht. Ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen stieg im dritten Quartal auf 30,5 Prozent, wie die Bundesbank gestern mitteilte. Das ist die höchste Quote seit 1971. Die **Lohnquote fiel** entsprechend auf ihren niedrigsten Stand seit mehr als 30 Jahren.“

(Financial Times Deutschland: www.ftd.de, 24. November 2004)

(Selbstredend. E.S.)

„Zwar bleibt **Deutschland Exportweltmeister** – allerdings **vor allem** von **Arbeitsplätzen**. Egal ob Siemens, Hochtief, Bayer oder Linde, investiert wird zurzeit **vor allem**

jenseits der Grenzen. Immer mehr Arbeitsplätze werden nach Polen, Tschechien, Ungarn oder in die Slowakei verlagert. Wo ein Arbeiter nur ein bis zwei Euro in der Stunde kostet...“

(www.spiegel.de/sptv/thema/0,1518,324761,00.html; Oktober 2004)

(Die Spatzenhirne pfeifen es von den Dächern! Was interessiert neoliberal – und übrigens auch deutschnational – gleichgeschaltete Spiegel-Redakteure, denen man in der Tat einen Stundenlohn von zwei Euro wünscht, solch einfache Tatsachen wie die, dass im Jahre 2003 nach Deutschland 27,3 Milliarden Euro MEHR Direktinvestitionen geflossen sind als umgekehrt außer Landes gingen und dass auch der negative Saldo von 25,2 Milliarden Euro im Jahre 2004 eine nahezu lächerliche Größe darstellt gemessen am gesamten Bruttoinlandsprodukt von 2178 Milliarden Euro oder auch nur gemessen am Handelsbilanzüberschuss Deutschlands von 155 Milliarden im gleichen Jahr! E.S.)

„Die **Gehälter deutscher Manager** sind im vergangenen Jahr **erneut deutlich gestiegen**. Die Vorstände der 30 Dax-Firmen konnten im vergangenen Jahr einen Gehaltszuwachs von **durchschnittlich elf Prozent** verbuchen...Allerdings sind dies alles nur Mittelwerte. So konnte sich die Chefetage des Software-Konzerns SAP im vergangenen Jahr über einen **satten Gehaltssprung von fast 150 Prozent** freuen. Auf dem zweiten Platz folgten die Vorstände der Deutschen Bank, die immerhin rund **80 Prozent mehr** einstrichen.“

(www.tagesschau.de, 02. September 2004)

(Als Kommentar lese man die nächste Meldung. E.S.)

„Die hohe Arbeitslosigkeit macht immer mehr Menschen zu **Sozialhilfeempfängern**. Ihre Zahl **stieg** nach Angaben des Statistischen Bundesamtes... im Vorjahr im Vergleich zu 2002 um **14,3 Prozent**.“

(www.heute.de/ZDFheute, 09. August 2004)

„Die **Dax-Unternehmen** melden **Gewinne auf Rekordniveau**. Nächstes Jahr wird **noch besser**... **BMW** streicht die Werksferien weitgehend, weil **zu viel zu tun** ist. **Siemens**-Vorstand Heinrich von Pierer meldet einen **Gewinnanstieg von 12,5 Prozent** zur Jahresmitte und ist zuversichtlich, auch im Rest des Jahres die Erträge um zweistellige Prozentzahlen steigern zu können...

Daimler-Chrysler-Strategie Jürgen Schrempp... kann sich im zweiten Quartal dieses Jahres über einen **Gewinnanstieg** auf 2,08 Milliarden Euro nach 641 Millionen Euro im Vergleich zum gleichen Quartal des Vorjahres freuen – ein **Plus von 225 Prozent**.

Deutschlands Großunternehmen **verdienen so viel wie seit dem Boomjahr 2000 nicht mehr**. Allein die **Gewinne** der 30 im Deutschen Aktienindex Dax repräsentierten Unternehmen können in diesem Jahr um **erstaunliche 53,7 Prozent steigen**.“

(Welt am Sonntag, www.wams.de, 01. August 2004)

„Hilfe zur Selbsthilfe statt etwa dauerhafter Alimentation für Arbeitsfähige. Insofern ist es wichtig, dass die **Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau** und die **scharfen Zumutbarkeitsregelungen zur Arbeitsaufnahme** zum Jahresbeginn 2005 **wirklich kommen**...“

Oswald Metzger, „Haushaltsexperte“ der Grünen, in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 27. Juni 2004.

(Ach, wie gerne würde ich diesen grün angemalten fettleibigen Reaktionär auf Sozialhilfeniveau setzen und ihm, ganz scharf, Arbeit im Steinbruch oder in der Kanalisation zumuten. E.S.)

„Die **IG Metall** war eine **Plage** und **ver.di** ist noch eine **Plage** für unser Land. **Die IG Chemie mit Herrn Schmoldt und seinen Gewerkschaftern ist keine Plage**... Die **Sozialhilfe ist zu hoch**... Wir brauchen vor allem **Arbeitszeitverlängerung**...“

BDI-Chef **Michael Rogowski** in einem Interview mit dem *Stern* vom 25. September 2003.
(Lobt dich dein Feind..., E.S.)

„**Ich halte nichts davon, wenn 85jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen.** Das ist eine reine Frage der Lebensqualität. Das klingt jetzt zwar extrem hart, aber es ist doch mal so: Früher sind die Leute auch auf Krücken gelaufen.“

Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, im *Berliner Tagesspiegel* vom 3. Aug. 2003, S. 8.
(Es klingt zwar extrem hart, wenn ich meine Freude bei dem Gedanken äußere, Herrn Mißfelder nur für längere Zeit – also noch nicht mal bis er 85 ist – auf Krücken zu sehen, aber ich halte nichts davon, dem Herrn Mißfelder, dessen Äußerungen eigentlich nur auf Mistfelder gehören, nicht zu wünschen, was er anderen wünscht. E.S.)

„Ich bin dafür, die Pflegeversicherung in ihrer bisherigen Form aufzugeben.“

Katrin Göring-Eckardt, Grünen-Fraktionschefin, 6. August 2003 (zitiert nach *Albrecht Müller: Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren*, München 2004, S. 94)
(Ich bin dafür, die Katrin Göring-Eckardt in ihrer bisherigen Form aufzugeben. E.S.)

„DIHK-Präsident **Ludwig Georg Braun** regt an, alle deutschen Arbeitnehmer sollten in den kommenden fünf Jahren **500 Stunden umsonst arbeiten...**“

(www.spiegel.de, 17. Januar 2003)
(Ich rege an, Herr Ludwig Georg Braun sollte die nächsten fünf Jahre 500 Arbeitnehmern umsonst den Hof kehren, das Auto waschen und mit Waldi, Fiffi, Baldo und wie sie alle heißen brav Gassi gehen. E.S.)
